

# Zur Geschichte der österreichischen Centralverwaltung (1493—1848).

Von

**Th. Fellner.**

## I.

### **Bis zur Errichtung der österreichischen Hofkanzlei.**

Man beginnt auch in Oesterreich sich ernstlich mit Verwaltungsgeschichte zu beschäftigen. Professor Alfons Huber in Innsbruck gebührt das Verdienst, in einer kleinen akademischen Schrift<sup>1)</sup> auf die Wichtigkeit einer Geschichte der österreichischen Verwaltungsorganisation aufmerksam gemacht zu haben und in der umfangreichen Arbeit eines Schülers von Schmoller, Dr. Sigmund Adler<sup>2)</sup>, liegt der erste Versuch vor, dem Thema durch Feststellung des Verwaltungsapparates derjenigen Zeitperiode näher zu treten, in welche die Entstehung des Beamtenstaates fällt.

Zwar haben Forscher wie v. Arneth, Bidermann, d'Elvert, Gindely, Krones, Lustkandl, Luschin, Wolf u. a. in verschiedenen Publicationen sehr schätzenswerthes, verwaltungsgeschichtliches Material aufgespeichert, eine zusammenfassende und zugleich das Einzelne gehörig berücksichtigende Darstellung der obersten Centralbehörden, durch welche die Kaiser aus den Häusern Habsburg und Habsburg-Lothringen das deutsche Reich, ihre Königreiche und Länder regierten, ist jedoch bis heute noch ausständig. Und es wäre doch ein dringendes Bedürfniss, auch diese Seite des österreichischen Staatslebens aufzuhellen! Nicht auf einmal lässt sich eine so schwierige Aufgabe in erschöpfender Weise lösen. Jahrelange Vorarbeiten würden dazu nothwendig sein. Die

---

<sup>1)</sup> Geschichte der österreichischen Verwaltungsorganisation bis zum Ausgange des 18. Jahrh. Akademischer Vortrag. Innsbruck 1884. <sup>2)</sup> Die Organisation der Centralverwaltung unter Kaiser Maximilian I. Leipzig 1886.

Durchforschung der Archive allein kostete viel Zeit und Mühe. Ausführbar erscheint mir schon jetzt, die Geschichte der österreichischen Centralverwaltung im Abriss zu geben und die Phasen in der Entwicklung derselben festzustellen.

Indem ich diesen Zweck mit meinen Untersuchungen verfolge, stelle ich mir dabei vorzugsweise die Aufgabe, darzulegen, wie im Gegensatz zu den übernommenen Regierungseinrichtungen von Ungarn und Böhmen und im steten Kampfe mit den Ständen beider Länder sich am kaiserlichen Hof ein System von Behörden ausbildete, durch welches man die Verwaltung und Regierung des Reiches und des übrigen Besitzes einheitlich zu gestalten strebte.

Da auf den maximilianischen Reformen die späteren fussen, wird als Einleitung die Entstehung des österreichischen Verwaltungsorganismus unter Max I. vorausgeschickt.

#### Maximilian I. (1493—1519).

Die Organisation der Centralverwaltung unter Maximilian zu schreiben, war ein glücklicher Gedanke Adlers. Durch Max war der habsburgische Besitz nach langer Zeit wieder in einer Hand vereinigt worden. Er legte den Grundstein zu der staatlichen Verwaltung in Oesterreich. Noch sein Vater Friedrich hatte das Reichsregiment und die Regierung in seinen Erbländen rein persönlich geführt. Wie die Fürsten des Reiches, so hatten die Herren und Ritter in den österreichischen Herzogthümern einen massgebenden Einfluss auf die Verwaltung gewonnen. Was wir heute mit dem Namen der politischen Verwaltung benennen, besorgten im 15. Jahrh. die Stände. Sogar die Gerichtshoheit des Kaisers und Landesfürsten war mannigfachen Einschränkungen unterworfen. Lediglich die Finanzgeschäfte verrichteten in den Erbländen fürstliche Beamte. Aber auch da hatte jedes Land seine Kammer mit eigenen Organen. Es bestand kein Zusammenhang zwischen den einzelnen Ländern. Von einer nach Behörden gegliederten Centralverwaltung ist keine Spur vorhanden. Selten wurde der Kaiser um Hilfe angegangen. In Gnadensachen allein war seine Autorität noch eine uneingeschränkte.

Max, der als Mitregent seines Vaters oft bitter genug die ständische Macht empfunden hatte, setzte, als er zur Selbstregierung gelangt war, alles daran, die Stände zu beugen und die fürstliche Gewalt im alten Glanze wieder herzustellen. In dem richtigen Gefühle, dass das persönliche Regiment unhaltbar sei, schuf er zum Schutze

seiner Herrscherherrlichkeit die collegialen Centralbehörden<sup>1)</sup>, in denen von ihm abhängige und ihm ganz ergebene Personen sassen. Diese hatten sich mit dem König in die Regierungsgeschäfte zu theilen und sollten ihn in der Wahrung seiner landesfürstlichen und königlichen Rechte unterstützen.

In die Finanzverwaltung Ordnung zu bringen, drängten den neuen Herrscher seine Geldverlegenheiten. Es musste demselben daran gelegen sein, zu einem genauen Ueberblick über seine Einnahmen zu kommen, und er konnte auch sicherlich leichter Geld aufbringen, wenn er durch Regelung seiner Finanzen und besonders dadurch, dass er sich in seinen Ausgaben controliren liess, Vertrauen einflösste. Die Reformen auf diesem Gebiete hängen unzweifelhaft eng mit den Creditoperationen des Königs zusammen<sup>2)</sup>.

Nun zur Darstellung des neugeschaffenen Verwaltungsorganismus.

Die österreichischen Erblande bestanden aus zwei durch lange Zeit getrennt gewesenen Ländergruppen: einerseits Tirol und die Vorlande, welche die oberösterreichischen Lande genannt wurden, andererseits Oesterreich ob und unter der Enns, Steiermark, Kärnten, Krain, welche die fünf niederösterreichischen Lande hiessen. König Maximilian, der bald in Tirol, im deutschen Reiche, in den Niederlanden, dann wieder in den niederösterreichischen Ländern und in Italien weilte, setzte, weil er die Regierung in den Erblanden nicht selbst mit seinen Räten führen konnte, Statthalterschaften ein, welche anfangs die landesherrliche Gewalt für die Dauer seiner Abwesenheit im delegirten Wege ausübten, aber bald zu permanenten Behörden wurden. Die Theilung der Erblande in die niederösterreichische und oberösterreichische Gruppe war bei Errichtung dieser Statthalterschaften massgebend. Regierungscentrum für Tirol und die Vorlande (Oberösterreich) wurde Innsbruck<sup>3)</sup>. Die Vertreter des oberösterreichischen Landesfürsten führten den Titel Statthalter und Räte (Regenten), der 1498 mit der Bezeichnung Landhofmeister, Marschall, Kanzler und Statthalter vertauscht ward, eine Anlehnung an die Regierung Erzherzog Sigismunds, der in seinem Rathscollegium ebenfalls den Hofmeister und Marschall hatte. Im

<sup>1)</sup> In wie weit sich da der niederländisch-burgundische Einfluss geltend machte — Max war der Regent der Niederlande —, wird man jetzt nicht einmal annähernd festsetzen können. Es ist immerhin möglich, dass die Einwirkung, wie Adler (S. 22, 72 ff.) und andere meinen, eine sehr grosse war. Andererseits ist nicht ausgeschlossen, dass vielleicht gerade die Administration von Tirol auf die anderen Länder übertragen wurde. Adler selbst weiss nicht genug des Rühmenden über die hochentwickelte Verfassung Tirols im 15. Jahrh. zu erzählen. Vgl. noch darüber Archiv für öffentl. Recht 1, 605. <sup>2)</sup> Eingestreute Bemerkungen bei Adler 122/24, 128, 227, 228, 244 u. s. w. <sup>3)</sup> Vgl. Adler 211 ff.

Wesen besteht aber ein gewaltiger Unterschied. Sigismunds Beiräthe waren ständische Mitglieder, Maximilians Statthalter hingegen Beamte, die von ihm ein- und abgesetzt wurden. Die Thätigkeit der als Collegium organisirten Statthaltereien erstreckte sich auf die Ausübung der Regierungs-Justiz- und Polizeihochheit im weitesten Umfang.

Mit den Finanzgeschäften wurde die neue Regierung nicht betraut. Maximilian schuf eine eigene von den Statthaltern unabhängige tirolische Finanzstelle. Sie bestand aus vier Räten, cassirte die Einnahmen des Landesfürsten ein und wirkte in Sachen der Controle (Raitung) und Finanzverwaltung („Ablösung der Pfandschaften, Bezahlung der Schulden, Reformirung der Aemter, Geldaufbringen und Wechselmachen“)<sup>1)</sup>. So grosse Stücke hielt der König auf diese Finanzbeamten, dass er im Jahre 1498 den Versuch machte, das Finanzwesen seiner österreichischen Erblände einheitlich zu gestalten und ihm in Innsbruck einen festen Mittelpunkt zu geben. Die im Februar 1498 erlassene Schatzkammerordnung<sup>2)</sup>, welche aber nur ein Jahr in Kraft blieb, übertrug die Verwaltung alles landesfürstlichen Einkommens der Kammer in Innsbruck und ordnete ihr die niederösterreichischen Finanzbehörden unter<sup>3)</sup>. Diese Unterordnung hat nicht allein eine finanzielle, sondern auch eine politische Bedeutung. Zum ersten Male tritt uns das Bestreben entgegen, die niederösterreichische und oberösterreichische Ländergruppe zu einem Gemeinwesen zu verbinden.

Den Markstein in der tirolischen Verwaltungsorganisation bildet

---

<sup>1)</sup> Worin die Einnahmen eines Landesfürsten damals bestanden, sei hier angedeutet. Man muss unterscheiden zwischen dem eigentlichen Kammergut und den von den Ständen in ausserordentlichen Fällen, welche aber immer häufiger wurden, bewilligten Hilfen (Steuern). Das Kammergut setzte sich der Hauptsache nach zusammen: aus den Einkünften der landesfürstlichen Domänen — vornehmlich aus den Abgaben der Hörigen, welche darauf sassen — und aus den Regalien (Bergwerke, Zölle, Mauthen, Münze und Gerichtsbussen). Aus dem Kammergut hatte der Fürst den Hofhalt und die Verwaltung zu bestreiten. <sup>2)</sup> Adler 558 ff. Dass der im Anhang bei Adler abgedruckte Text der Schatzkammerordnung Mängel hat, wurde schon von anderen bemerkt. <sup>3)</sup> Im niederösterreichischen Gebiet hatte jede der fünf Landschaften einen obersten Finanzbeamten, der Vicedom genannt wurde. Die Vicedome erhielten von den Amtsleuten die Ueberschüsse der Aemter — jedes Amt bestritt die Verwaltungskosten aus seinen eigenen Einnahmen — und schickten sie nach Innsbruck in die Kammer. Von da gingen die Gelder an den Hof. Ich mache deswegen darauf aufmerksam, weil man nach Adlers Ausführungen (p. 205) glauben könnte, dass die Summen, welche die Vicedome empfangen, direct an das Hoflager gesandt wurden. Gegen diese Annahme spricht die Kammerordnung, Adler 520, A, 15.

die Regimentsordnung de dato Weihnachtsabend 1499<sup>1)</sup>. Die provisorische Statthalterschaft wurde zu einer ständigen Regierung umgestaltet, welche in ihrer Wesenheit die maximilianische Zeit überdauerte, und die gemeinschaftliche Schatzkammer verwandelte der König in eine Raitkammer für Tirol und die Vorlande.

Das Regiment bekam folgende Ordnung. An die Spitze der Regierung treten Landhofmeister, Marschall, Kanzler und fünf Statthalter und Regenten. Sie vereinigen in sich die Gewalt des Fürsten. Die mit Stimmenmehrheit gefassten Beschlüsse müssen genau so beachtet werden wie die Mandate des Landesherrn. Derselbe verpflichtet sich, sie nicht umzustossen. Das Regiment verleiht alle Erblehen, die Verleihung heimgefallener, strittiger oder geistlicher Lehen behält sich aber der Fürst vor. Die Regierung, Verwaltungsbehörde und Verwaltungsgericht, tritt vierteljährig auch als Gerichtshof zusammen in den civilen Fällen, „welche Eigen, Lehen, Bergwerke und anderes betreffen, das sich hier zu rechtfertigen gebührt.“

Der Schwerpunkt der Regimentsordnung von 1499 scheint mir darin zu liegen, dass aus ihr deutlich der Gedanke hervorleuchtet: der Landesvater ist der Hort und Schirm aller seiner Unterthanen, der Aermste und Verachtetste kann, wenn er sich bedrückt fühlt, sich direct an das Regiment, als den Repräsentanten des Fürsten, wenden.

Mit dieser Organisation gelangte endlich, wenigstens für Tirol die sich überstürzende reformatorische Geschäftigkeit Maximilians zur Ruhe. Regiment und Raitkammer sind rein tirolische Behörden geworden, welchen die Regierung und Verwaltung der Grafschaft und der Vorlande übergeben war<sup>2)</sup>. Darin änderte sich wenig bis zum Jahre 1518. Eine natürliche Folge war, dass sich das Aemterwesen festigte und Stetigkeit und Sicherheit in alle Zweige der Verwaltung kamen. Nur ein Umstand ist noch beachtenswerth. Im Jahre 1509 bringen es die Stände dahin, dass sie zu den vom Landesfürsten eingesetzten Statthaltern vier Personen aus ihrer Mitte entsenden dürfen.

Gleichwie die oberösterreichischen Länder wurden die niederösterreichischen als ein für sich bestehendes Ganzes aufgefasst. Auch da herrschte der Landesfürst im Wege der Delegation durch von ihm

---

<sup>1)</sup> Adler 381 ff. <sup>2)</sup> Die Vorlande sind nicht als die 3. selbständige Gruppe der Erblande aufzufassen. Es bestand zwar eine Regierung und Kammer in Ensisheim, beide hingen aber von den Innsbrucker Behörden ab. Vergl. ausser Adler 497 noch Hirn, Erzherzog Ferdinand II. von Tirol I, 468. Der Behördenorganismus der verstreuten vorländischen Parzellen ist ein sehr verwickelter. — Nur in Bergwerkssachen blieb die tirolische Regierung bis 1510 ordentliche Instanz für die niederösterreichischen Länder.

bestellte Statthalter, welche den Titel: Hauptmann, Statthalter (Regenten) und Rätthe<sup>1)</sup> hatten und die fürstlichen Hoheitsrechte ausübten. Adlers Ansicht, dass die Regenten der niederösterreichischen Fürstenthümer bis zum Jahre 1596 mehr auf finanziellem Gebiete und von da an hauptsächlich in Verwaltungs- und Justizsachen thätig waren, ist nicht haltbar. Schon im Jahre 1494 wird eine selbständige Schatzkammer (Raitkammer) in Wien erwähnt. Rätthe der Kammer werden in den Akten genannt. Zahlungsbefehle des Königs ergehen an sie<sup>2)</sup>.

Bildet das Jahr 1499 einen Wendepunkt in der tirolischen Verwaltung, so gilt dies für die niederösterreichischen Lande von 1502. Mit der Regimentsordnung aus diesem Jahre fanden die reformatorischen Experimente Maximilians, deren Aufzählung, weil sie keine Dauer hatten, hier unterblieb, einen vorläufigen Abschluss<sup>3)</sup>. Als Muster für dieselbe diente die tirolische Ordnung von 1499, aus der viele wörtliche Entlehnungen genommen sind. Bei dem neuen Regiment (Obrister Hauptmann, Statthalter und Rätthe), welchem als Amtssitz Linz angewiesen wurde, kann Jeder Schutz suchen. In allen Streitigkeiten, die ihm vorgebracht werden, soll es vermittelnd einschreiten. Die civile Gerichtsbarkeit der Grundherren über die Unterthanen und das landmarschallische (landeshauptmännische) Gericht, der Gerichtshof des Herren- und Ritterstandes, konnten dadurch umgangen werden. Erst wenn der Weg der Güte fehlschlug, hatte das Regiment die Angelegenheit an die Ende zu weisen, dahin sie gehört. Gleich der Innsbrucker Behörde erhält die Regierung in Linz mit denselben Einschränkungen die Verleihung der Lehen. Auch das Recht des militärischen Aufgebotes im Falle, dass Unruhen eintreten, wird ihr zugestanden. Nur die Justizhoheit des Landesfürsten räumte man ihr nicht ein, indem für die Wahrung derselben das in Neustadt 1501 eingesetzte Hofgericht als Appellations- und Lehnshof bestehen blieb. Zu einer mächtigen Persönlichkeit wurde durch die Ordnung von 1502 der österreichische Kanzler, welcher Beschwerden gegen die Ent-

---

<sup>1)</sup> Adler 185 ff. <sup>2)</sup> Belege dafür selbst bei Adler S. 192. Da der Bestand einer Finanzbehörde urkundlich feststeht, liegt es nahe, anzunehmen, dass Maximilian wie in Innsbruck auch in Wien die Finanzverwaltung von der Regierung trennte. <sup>3)</sup> Erwähnt sei wegen ihrer gar kurzen Lebenszeit die 1501 versuchte Reform der Verwaltung. Das noch erhaltene Document kennt fünf Centralbehörden: a. das Landregiment in Linz, b. das Hofgericht in Wiener-Neustadt, c. eine Hofkammer, d. eine Hauskammer und e. einen Hofrath in Wien. Wenn Adler 229 als 6. Stelle eine Rechenkammer nennt, so steht dies in Widerspruch mit dem Text der Urkunde.

scheidungen des Regiments und Hofgerichts entgegenzunehmen und wenn der Güteversuch missglückte, an den König zu senden hatte.

Regiment, österreichischer Kanzler, Raitkammer<sup>1)</sup> und Hofgericht (später fürstliches Kammergericht genannt) sind von 1502 an die obersten Behörden in den fünf niederösterreichischen Landen.

Gegen die Organisation von 1502 trat aber bald eine heftige Opposition der Stände zu Tage. In den Landtagen der einzelnen Länder und in den Ausschuss-Landtagen, zu denen die Stände der fünf Länder bevollmächtigte Vertreter schickten, wurde Protest erhoben. Man wollte eine ständische und nicht eine Beamtenregierung haben. Besonders heftige Angriffe erfuhr das Hofgericht, da die Stände darin eine Verkürzung ihrer privilegierten Gerichtsbarkeit, wie sie sich in den einzelnen Landrechten ausgebildet hatte, sahen. Die leidigen Geldverlegenheiten zwangen Max auch da zu Zugeständnissen. Er benöthigte zum Kriege gegen die Venezianer eine ausgiebige Hilfe. Um die Stände gefügiger zu machen, liess er sich zu einer theilweisen Abstellung der Beschwerden herbei. Zwischen ihm und den Vertretern der Stände kam es 1510 in Augsburg zu einem Compromisse, der in den Augsburger Libellen codificirt ist. Das verhasste Kammergericht wurde aufgehoben, der allgewaltige österreichische Kanzler beseitigt und das Regiment auf Wunsch des Landes unter der Enns von Linz nach Wien verlegt. Der Geschäftskreis erfährt eine Erweiterung, indem die Regierung, welche durch ständische Mitglieder verstärkt wurde<sup>2)</sup>, die Rechtsprechung in allen Fällen übernimmt, in denen das Neustädter Hofgericht competent war. Regiment und Raitkammer (Rechenkammer) sind von 1510 bis zum Tode Maximilians die zwei Oberbehörden, welche die niederösterreichischen Lande administrierten. Für das Regiment kam im Jahre 1514 die Titulatur in Anwendung: Der kaiserl. Majestät Landhofmeister, Marschall, Kanzler, Statthalter und Räthe<sup>3)</sup> in den niederösterreichischen Landen, eine Bezeichnung, welche wiederum auf tirolische Einflüsse hinweist.

---

<sup>1)</sup> Es ist zwar von der Raitkammer keine Instruction vorhanden, doch steht ihr Bestehen ausser Zweifel. <sup>2)</sup> Adler 280 ff. stellt die ständische Vertretung in Abrede. Die Verhandlungen, welche zwischen dem Kaiser und den Ständen geführt wurden, zwingen dazu, dieselbe anzunehmen. Uebrigens hatten es die Tiroler bereits 1509 zu ständischen Vertretern in der Regierung gebracht. <sup>3)</sup> Dass dieser Titel noch 1518 im Gebrauche war, thut ein im Ministerium des Innern befindliches Actenstück dar. Am 8. Februar 1518 schreibt Maximilian von Augsburg an den Landhofmeister, Marschall, Kanzler, Statthalter und Räthe der niederösterreichischen Lande. Adlers Vermuthung (S. 294 Anmerkung 1) bestätigt sich also.

Dass die staatliche Organisation der Verwaltung unter Kaiser Max, trotzdem ein planmässiges Vorgehen mangelte, grosse Fortschritte machte, lässt sich nicht in Abrede stellen und wird auch allseitig zugegeben. Ein Hauptverdienst Maximilians hebt man aber viel zu wenig hervor: Es ist ihm gelungen, durch Schaffung von Centralbehörden in den Ständen von Oesterreich ob und unter der Enns, Steiermark, Kärnten und Krain das Gefühl der Zusammengehörigkeit zu wecken und dadurch die Veranlassung zu geben, dass die Vertreter der fünf Lande zu gemeinschaftlichen Berathungen zusammentraten und Beschlüsse fassten, welche „gemeinsame Angelegenheiten dieser Länder“ erzeugten<sup>1)</sup>.

Die tirolischen und die niederösterreichischen Länder haben also durch Max I. ihre eigenen Behörden erhalten. Wie hingen diese Localstellen mit der Person des Landesfürsten oder dem Hoflager zusammen? Von da aus mussten sie doch in wichtigen Fällen die Weisungen empfangen? Bei Erörterung dieser Frage fand bisher — es gilt dies auch vom Adler'schen Buche — die Doppelstellung der Habsburger als Landesfürsten und Kaiser nicht die entsprechende Berücksichtigung. Charakteristisch ist, dass diese seit Maximilian die Angelegenheiten des Reiches und ihrer Länder mit denselben Personen und Behörden zu besorgen strebten. Damit traten sie in Gegensatz zu den Ständen des römischen Reiches, welche die Trennung der österreichischen und Reichssachen immer und immer wieder verlangten. Besonders heftige Gegner dieser habsburgischen Bestrebungen waren die Mainzer Erzbischöfe, die als Erzkanzler „per Germaniam, in deutschen Landen“ die Verwaltung der Reichskanzlei für sich in Anspruch nahmen. Der bekannte Mainzer Kurfürst Berthold von Henneberg, der erbitterteste Widersacher Maximilians und der eifrigste Verfechter der ständischen Regierung im Reiche, war der erste, welcher diesen Ansprüchen praktischen Ausdruck verlieh. Aus dem Jahre 1494 ist eine Reichskanzleiordnung erhalten, welche mit den bezeichnenden Worten beginnt: „Ordnung der Romischen ku. canzley durch uns Bertholden erzb. zu Maintz . . . furgenommen zu Mecheln“<sup>2)</sup>. Wie weit sich der König an diese Ordnung hielt, die ganz im Widerstreit mit den kaiserlichen Traditionen durch den Mainzer gegeben war, lässt sich nicht feststellen. Jedenfalls war sie nicht nach seinem Sinne; dass seine In-

<sup>1)</sup> Bei Adler vermisste ich den Hinweis auf dieses staatsrechtliche Moment.

<sup>2)</sup> Vgl. Seeliger, Kanzleistudien I in Mittheilungen des Instituts 8, 23 Anm. 2 und Ulmann, Kaiser Maximilian I. 293. Von Adler wurde diese Ordnung nicht verworthen.



tentionen ganz andere waren, bezeugen die Ordnungen der Hofbehörden von 1498. Darin sind die Gedanken der königlichen Majestät über die Regierung des Reichs und der Erbländer niedergelegt. Ohne sich um die Stände zu kümmern, kraft der eigenen landesfürstlichen und königlichen Machtvollkommenheit ordnete Maximilian im Februar 1498 seine Hofbehörden, indem er einen collegialen Hofrath, eine collegiale Hofkammer einsetzte und die Hofkanzlei reformirte<sup>1)</sup>. Der Hofrath wurde königlicher Gerichtshof und oberste Verwaltungsbehörde in den Reichs- und österreichischen Sachen, die Hofkammer oberstes Finanzorgan für das Reich und die sämmtlichen Erblande. Die Kanzleigeschäfte am Hofe — reichische und österreichische — sollten durch einen eigenen vom Erzkanzler unabhängigen Hofkanzler erledigt werden. Die für die neuen Behörden nothwendigen Beamten ernannte der König nach eigenem Ermessen. Die neue Organisation, entsprungen der autokratischen Gesinnung des Reichsoberhauptes, erlangte keine Festigkeit. Der junge Organismus konnte nicht Wurzel fassen, weil Max sich an die Entscheidungen seiner Behörden nicht band und überall selbstherrlich eingriff. Auch war er nicht der Mann, den Hindernissen, welche sich seinen Plänen entgegenstellten, mit Hartnäckigkeit zu begegnen. Schon im September des Jahres 1498 — einige Monate nachdem die Ordnungen erschienen waren — räumte er dem beschwerdeführenden Mainzer ein, dass die Vermischung der österreichischen und Reichshändel für die Parteien wenig förderlich gewesen sei und er erklärte sich bereit, anzuordnen, dass alle Briefe, die er in seiner Eigenschaft als deutscher König ausfertigen lasse, in der römischen Kanzlei, „welcher der Erzbischof von Mainz vorsteht“, geschrieben werden sollen<sup>2)</sup>. Vollständig illusorisch wurden dann die königlichen Reformen durch die von Maximilian bewilligte Einsetzung des Reichsregiments. Ein zwanziggliedriger Ausschuss, dessen Vorsitzender der König ist, übernimmt die Staatsgewalt im Reiche. Die Regimentskanzlei bestellte der Mainzer Kurfürst. Dem Regiment<sup>3)</sup> war zwar nur die kurze Dauer von 1500—1502 beschieden, dem ungeachtet kehrte man nicht zum grossen Verwaltungsorganismus von 1498 zurück.

<sup>1)</sup> Adler 43 ff. Derselbe hätte erwähnen sollen, dass drei Exemplare, noch besser gesagt, dass drei Redactionen des Entwurfes der Hofrathsordnung im Hans- Hof- und Staatsarchiv vorhanden sind. <sup>2)</sup> Herr Staatsarchivar Winter war so freundlich, mir den im Staatsarchiv befindlichen, noch nicht veröffentlichten Entwurf einer Ordnung der römischen Kanzlei durch König Maximilian fargenomen Mömpelgard 1498, 12. Sept., zur Verfügung zu stellen, woraus ich das im Text Gesagte entnommen habe. <sup>3)</sup> Adler 57.

Max war die Zuversicht abhanden gekommen, die Reform-Ideen im Reiche durchzusetzen. Wie unter seinem Vater wurden jetzt mit Unterstützung von einem Kanzler, ein paar Räthen und Secretären die Reichs- und erbländischen Geschäfte abgemacht.

Am Abend seines Lebens kam der Kaiser wieder auf die Pläne von 1498 zurück. Im Jahre 1518 tagten zum ersten Male die Ausschüsse der Landstände der ober- und niederösterreichischen Gruppe zusammen in Innsbruck unter den Augen des Herrschers. Verwaltung und Justizwesen wollten sie verbessern, vor allem sollte den erschöpften Finanzen aufgeholfen werden. Die von Maximilian und den Ausschüssen gefassten Beschlüsse haben den Namen der Innsbrucker Libelle. Sie verdienen darum besonders hervorgehoben zu werden, weil der Gedanke sie beherrscht, dass die österreichischen und tirolischen Länder Gesamtaufgaben haben<sup>1)</sup>. Als Glieder eines Hauptes bezeichnet diese der greise Fürst, die „freundliche Einigung und Verstand“ haben und einander gegen jeglichen Feind helfen müssen.

Der erste Schritt zum österreichischen Staat war damit gemacht.

Die Ordnung des Behördenwesens geschah in folgender Weise: Die landesfürstlichen Regimente in den tirolischen und niederösterreichischen Ländern werden in ihrem Bestand gelassen. Am Hof wird für das Reich und die Erbländer ein aus 18 Personen bestehender Hofrath aufgerichtet. Der Kaiser musste sich bequemen, die Hälfte der Räthe mit Wissen und Willen der ständischen Ausschüsse zu ernennen. Fünf der Hofräthe sind aus dem Reiche zu nehmen. Competent ist der Hofrath in Justizsachen und in Angelegenheiten des Kammergutes. Die Reactivirung der Hofkammer unterbleibt. Der Schatzmeister, der die Geschäfte derselben versieht, ist dem Hofrath zugetheilt. An die Spitze der Hofkanzlei tritt ein für das Reich und die Erblände gemeinsamer Kanzler, dem drei Secretäre unterstehen, der reichische, der nieder- und oberösterreichische<sup>2)</sup>. Die „eigenen

<sup>1)</sup> Vgl. auch Lustkandls Abhandlungen aus dem österr. Staatsrecht 334. Die gemeinsame Defensionsordnung, das sog. Libell der Rüstungen halber, hätte von Adler in diesem Zusammenhang eingehender besprochen werden sollen.

<sup>2)</sup> Wie sehr Max an der Zusammengehörigkeit von Oesterreich und dem deutschen Reiche festhielt, zeigt folgender Vorgang: Die Ausschüsse verlangten in Innsbruck, „dass die Angelegenheiten der Erblände, wie billig, bloß von den ober- und niederösterreichischen Hofräthen zu entscheiden seien.“ Darauf antwortete Maximilian, das ginge nicht, die aus dem deutschen Reiche genommenen Räthe könnten von den Verhandlungen, welche die Erblände betreffen, nicht ausgeschlossen werden, so wie auch umgekehrt, sondern beide — die reichischen und österreichischen Hofräthe — sollen in beiderlei Angelegenheiten „vertrewlich

geheimen grossen Sachen“ behält sich Max seiner Entscheidung vor und will sie mit seinen vertrautesten Räthen berathen<sup>1)</sup>. Keime zum geheimen Rathe. So recht der maximilianischen Geistesrichtung entspricht es, dass die Regierung des Reiches und der Erblande organisiert wurde, ohne den berufensten Factor, die Stände des Reiches, zu vernehmen.

Kaum dass der Kaiser an die Ausführung der Libelle geschritten, erteilte ihn, der noch mit so hochfliegenden Plänen sich trug, 1519 der Tod.

Derselbe hatte grosse Anläufe zu Umgestaltungen im Reiche und seinen Stammlanden genommen, blieb aber auf halbem Wege stehen. Trotzdem ist seine Wirksamkeit nicht zu unterschätzen. Ihre Bedeutung wird man darin finden, dass Max frischen Muthes den Kampf gegen die ständischen Gewalten im Reich und den Erblanden begann. Den Territorialherren dort und den Grundherren hier setzte er seine kaiserliche und fürstliche Macht entgegen. Der Vorstellung, dass der in der Person des Landesherrn verkörperte Staat Aufgaben zu erfüllen und deshalb Rechte zu beanspruchen habe, verschaffte Maximilian zuerst in den deutschen Landen Eingang. Die Wesenlosigkeit des Fürsten- und Königsrechts sollte verschwinden. Die Sorge für das gemeine Wohl, die *salus publica*, fing an, greifbare Formen zu gewinnen. So ist es doch zu verstehen, wenn der Kaiser in seinen Erblanden die ständische Gerichtsordnung durchbricht und allen seinen Unterthanen, selbst den ärmsten Hörigen gestattet, sich ihr Recht gegen die Unterdrücker bei den landesfürstlichen Regimenten zu verschaffen. Er bahnte an, was der absolute und der constitutionelle Staat vollbrachten, die Vernichtung der ständischen Rechte und auch der Formen der ständischen Verwaltung. Auf dem Gebiete der Reichsregierung waren seine Bemühungen erfolglos. Die Reformbestrebungen, die er als Landesfürst einleitete, fielen auf fruchtbaren Boden, sie wurden von den Nachfolgern fortgesetzt und den Ständen gegenüber zum Siege verholfen. Maximilian I. ist der Begründer des Beamtenstaates<sup>2)</sup>.

---

sein, denn Oesterreich gehört doch auch zum Reich.“ Zeibig, Der Ausschusslandtag von 1518, Archiv f. öst. Gesch. 13, 228 und 273.

<sup>1)</sup> Adler 478. <sup>2)</sup> Es drängt mich, am Schlusse meiner Ausführungen Dr. Adler den Dank dafür auszusprechen, dass er ein so reichhaltiges und werthvolles Material gesammelt hat. Freilich die Durcharbeitung befriedigt nicht immer. Aber man darf, um nicht zu streng zu urtheilen, die Sprödigkeit und Schwierigkeit des Stoffes nicht ausser Acht lassen.

## Ferdinand I. (bis 1564).

Wie das Buch von Adler den maximilianischen Verwaltungsorganismus zu veranschaulichen strebt, so versucht die kleine Schrift von Huber auf Grundlage der Zusammenstellungen in Bidermanns Geschichte der Gesamtstaats-Idee und von Arneths Geschichte Maria Theresias die Ausbildung der Verwaltung von Maximilian bis Franz II. in knappem Abriss vorzuführen.

So unbedingte Anerkennung es verdient, dass auch einmal auf diesem Gebiete das Resultat der bisherigen Forschungen von einem so gründlichen Kenner österreichischer Geschichte bündig zusammengefasst wurde, so viel Interesse Hubers Aufsatz bietet — auch diese Arbeit wurde durch ihn angeregt —, so wäre doch, wie ich glaube, ein anderer Abschluss desselben erwünscht gewesen. Die alten Verwaltungseinrichtungen dauerten ja bis zum Jahre 1848. Die Geschichte der österreichischen Verwaltungsorganisation nur bis zum Ausgange des 18. Jahrhunderts zu führen, dürfte der eine allerdings gewichtige Umstand veranlasst haben, dass die Quellen für die spätere Zeit noch nicht bekannt geworden sind<sup>1)</sup>.

Mit der Schilderung der Centralverwaltung unter Ferdinand I. hat sich auch die Art und Weise meiner Darstellung zu ändern. Während ich mich dem Adler'schen Buche gegenüber mehr referierend verhalten musste, werde ich für die spätere Zeit, da Bidermann und Huber weder erschöpfend sein konnten noch sein wollten, die Ergebnisse meiner eigenen archivalischen Arbeiten in den Mittelpunkt der Untersuchung rücken.

Nach dem Tode Maximilians traten heftige Kämpfe zwischen der von ihm hinterlassenen Regierung und den Ständen ein, die vergeblich versuchten, die Regierung an sich zu reißen. Diese Kämpfe zu verfolgen, liegt ausserhalb des Bereiches meiner Aufgabe. Erzherzog Ferdinand, dem von seinem Bruder Karl die österreichischen Länder abgetreten worden waren, folgte den Regierungsgrundsätzen des verstorbenen Kaisers. Die niederösterreichischen und tirolischen Lande blieben getrennte Verwaltungsgebiete mit eigenen Regierungen. Letztere bekamen den Namen „Hofrath“ und vertraten anfangs, wie unter Max die Regimente,

<sup>1)</sup> Einige Andeutungen über das archivalische Material: Folgende Archive kommen in Betracht: a. das Archiv des k. k. Ministerium des Innern — daselbe vereinigt in sich die Actenbestände der österreichischen Registratur aus der deutschen Reichskanzlei, der österreichischen geheimen und der böhmischen Hofkanzlei; b. das Hofkammerarchiv, jetzt Archiv des Reichsfinanzministeriums; c. das Haus-, Hof- und Staatsarchiv; d. das Statthaltereiar Archiv in Innsbruck, wichtig für die Zeit Maximilian I. und Ferdinand I.; e. das Statthaltereiar Archiv in Prag, Hauptquelle für die Zeit Rudolph II.

die Stelle des abwesenden Landesfürsten. Der Wirkungskreis der Hofrätthe in Innsbruck und Wien war ein sehr ausgedehnter, er umfasste das Politicum und die Militaria. Ferner erhielten die Hofrätthe „volle Gewalt in allem was justitia betrifft.“ Sie waren die höchste Instanz, an welche sich die Unterthanen direct oder im Wege der Appellation wenden konnten. Um den Geschäftsgang zu vereinfachen, wurden sie in zwei Senate getheilt — diese Theilung ist neu und erhielt sich bis zu den Reformen Maria Theresias —, von denen der eine der eigentlichen fürstlichen Regierung und „den Kriegssachen, der andere den gerichtlichen Sachen auszuwarten“ hatte. Es waren Bestimmungen getroffen, in welchen Fällen beide Senate zusammentreten mussten. „Urtel“ durfte nur der gesammte Hofrath fassen. Neben den zwei collegial zusammengesetzten Regimenten bestanden in Innsbruck und Wien eigene Raitkammern, welche das Camerale administrirten. Die Steuern und Gefälle, die Ueberschüsse aus den landesfürstlichen Domänen wurden an sie abgeliefert. Ihnen ward aufgetragen, die Hauptleute, Pfleger und Amtleute, welche die landesfürstlichen Güter und Regale verwalteten, durch Commissäre öfter inspiciren zu lassen, damit die armen Unterthanen nicht bedrückt würden. Dann hatten sie Sorge zu tragen, wie das Kammergut am besten in Stand zu halten und zu vermehren sei. Wenn auch die Hofrätthe und Raitkammern als besondere Behörden anzusehen sind, so war es doch der Wille Ferdinands, dass sie in allen wichtigen Angelegenheiten, vorzüglich was Kriegssachen anbelangt, gemeinsam vorgehen sollten.

Die Mitglieder der Regierungen und Kammern ernannte der Landesherr. Welche Vorstellung der junge Prinz von seiner fürstlichen Gewalt hatte, zeigt die in die niederösterreichische Hofrathsordnung von 1523 aufgenommene Bestimmung, dass er sich dieselbe zu mehren und zu mindern vorbehalte<sup>1)</sup>. Trotz dem Namen sind die Hofrätthe in Wien und Innsbruck als Localbehörden zu betrachten. Der Erzherzog hatte sich ausdrücklich das Recht gewahrt, Beschwerden gegen die Entscheidungen der Hofrätthe anzunehmen und forderte sie eindringlichst auf, in Sachen, die ihnen zu schwer fielen, sich an ihn selbst zu wenden.

Welche Organe waren um die Person des Fürsten? Man ist der Meinung, dass Hofrath, Hofkammer und Hofkanzler auch in den

---

<sup>1)</sup> Die Hofrätthe in Innsbruck und Wien hatten die gleiche Organisation. Niederösterreichische Hofrathsordnungen sind im Archiv des Ministeriums des Innern erhalten aus den Jahren 1521, 1522, 1523 und 1524, lauter Originale. Dieselben treffen in den wesentlichsten Bestimmungen zusammen.

zwanziger Jahren ungefähr in der Weise wie unter Max wirkten. Diese Ansicht findet keine Bestätigung in den erhaltenen Actenstücken. Der Status der Centralregierung war damals ein sehr kleiner. Ferdinand hatte nur einige „Räthe“ an seinem Hof, mit denen er die wichtigsten Regierungsmassregeln zu berathen pflegte. Es gab keine feste Organisation. Erster Vertrauensmann war der aus Spanien mitgebrachte oberste Secretär und Schatzmeister-General Gabriel Salamanca. Dieser stand der Hofkanzlei vor und leitete das Finanzwesen. Ich möchte ihn die Seele der erzherzoglichen Regierung nennen<sup>1)</sup>. Sogar die Kanzleiverweser des Wiener und Innsbrucker Hofrathes figuriren als seine Stellvertreter<sup>2)</sup>.

Dieser einfache Mechanismus genügte nicht mehr, als Ferdinand nach dem Tode Ludwigs II. in der Schlacht von Mohacz aus einem deutschen Territorial-Fürsten ein mächtiger König geworden war. Ungarn, Böhmen und die Erblände mussten durch ihn regiert werden. Im deutschen Reiche schaltete er als Stellvertreter seines kaiserlichen Bruders. Jetzt reichten ein paar Räthe nicht mehr für die vielen und wichtigen Geschäfte aus, ein grösserer Beamtenkörper war nothwendig geworden. Ferdinand griff auf die Reform seines Grossvaters zurück. Vieles wurde einfach herübergenommen, anderes umgeändert und den neuen Verhältnissen angepasst. Die im Staatsarchiv in Abschrift erhaltene, bisher nicht veröffentlichte Hofstaatsordnung vom 1. Januar 1527 gibt darüber den reichlichsten Aufschluss<sup>3)</sup>. Sie ist eines der wichtigsten Documente. In ihr sind summarisch die Geschäfte der einzelnen Hofämter verzeichnet. Folgende Centralstellen wurden aufgestellt: Ein geheimer Rath, ein Hofrath und eine Hofkammer. Die Hofkanzlei erhielt eine neue Ordnung. Maximilian hatte sich bereits, wie wir wissen vorbehalten, die „eigenen, geheimen

<sup>1)</sup> Im Hofkammer-Archiv, Herrschaftsacten, Oesterreich, W, Fasc. 23/1, liegt ein Actenstück von 1528 mit der Ueberschrift: *Emphang und ausgab Gabrieln von Salamanca Freiherrn des schatzmeisteramts*. Es heisst da: *So hab ich Gabriel von Salamanca im eingang der fürst. durch. meines gnedigst. Herrn regierung über mein bestallung und verwaltung Ihrer fürst. d. hofkanzlei und schatzmeisteramts . . . etlich sekretari und schreiber . . . bis in drithalb jahr underhalten. Als fürstl. d. Räthe am Hoflager werden genannt Dr. Jos. Fabri, Veyt von Thurn und Melchior von Massmünster. Andere sind als Gesandte abwesend.* <sup>2)</sup> In der niederösterreichischen Hofrathsordnung von 1521 heisst es: *Und als unserm getrewen lieben Marxen Treitzsaurwein unserm rat und sekretarien anstat unsers getrewen lieben Gabrielen de Salmanca, unsers rats, obristen sekretarien und schatzmaisters die verwesung unser niderösterreichischen canzley zuegestellt. Aehnlich lautet der Passus von der Kanzlei in den Ordnungen von 1522, 1523 und 1424.* <sup>3)</sup> Hofstaaten-Fascikel.

grossen Sachen“ allein oder mit Zuziehung des ganzen Hofraths oder eines Theiles desselben zu erledigen. Ferdinand nahm diesen Gedanken auf und schuf in Erinnerung an eine ähnliche Institution, die er in Spanien kennen gelernt, im Jahre 1527 den geheimen Rath, welcher alle hochschweren und geheimen Sachen zu berathen hatte, vornehmlich „wie mit fremden Potentaten zu practiciren, wie fremden Praktiken fürzukommen sei.“ Der geheime Rath ist der Rathgeber des Königs in den bedeutendsten Fragen der äusseren und inneren Politik, ein „consilium“, d. i. ein einfach berathendes Organ im eigentlichen Sinne des Wortes<sup>1)</sup>. Hofrath und Hofkammer waren verpflichtet, ihm jegliche Auskunft zu geben. Die angesehensten Würdenträger wurden, je nachdem es nothwendig erschien, von Fall zu Fall in den geheimen Rath berufen. Ständige geheime Räte ausser den obersten Hofchargen gab es anfangs nicht. Allmählich bildete sich der geheime Rath zu einem eigenen für sich bestehenden Collegium aus, welches aus bestimmten Personen zusammengesetzt war. Unter Rudolph II. erstarkte sein Ansehen so, dass ohne sein Votum selbst in Finanzsachen fast nichts entschieden wurde, und als Ferdinand II. regierte, ward der geheime Rath der allmächtige Berather des Kaisers.

Die zweite im Verzeichniss der Hofämter von 1527 genannte Behörde ist der Hofrath. Er war competent in Justiz- und Parteiensachen und hatte die Appellationen, welche vom Reich und den österreichischen Landen an Ferdinand gingen, zu erledigen. Mit seiner Einsetzung büssten die Regierungen in Innsbruck und Wien den Namen Hofrath ein. Zusammengesetzt war dieser Hofrath in der Art, dass ein oder zwei Räte aus dem Reiche, fünf aus den niederösterreichischen Landen und drei aus den oberösterreichischen Gebieten ge-

---

<sup>1)</sup> So lange Ferdinand allein Regent der österreichischen Lande war, hatte er keinen geheimen Rath. Selbst sein Intimus Salamanca wurde nur Rath titulirt. Das Wörtchen „Geheim“ führte die ausserordentliche Regierung, welche König Karl nach dem Tode Maximilians von Spanien aus in Oesterreich bestellt hatte. Diese heisst: „Statthalter, Regenten und Räte Irer Mt. geheimen Rathes und obersten Regiments aller öst. Landte“ (Archiv des Ministeriums des Innern 1, ex 1520 Niederösterreich). Auf Spanien weist auch der Titel „Präsident des geheimen Rathes“, welchen der Cardinal von Trient, Bernhard von Cles, in den dreissiger Jahren unter Ferdinand gehabt hatte. (Vgl. Ordnung der Hofämter 1537, früher im Ministerium des Innern, jetzt im Staatsarchiv.) Man denke an den Präsidenten des Rathes von Castilien. Bei dieser Gelegenheit sei auch erwähnt, dass im niederösterreichischen Hofrath gerade so ein Grosskanzler sass, wie im Rathe Karl V. Baumgarten, Karl V. 1, 81 und 89.

nommen wurden. Ausserdem sassen in demselben zwei Doctoren. Enthielt auch die Hofrathsordnung Maximilians ähnliche Bestimmungen, so macht sich doch ein bedeutender Unterschied geltend. Ferdinand erklärte ausdrücklich, dass die Hofräthe nicht als „die Gesandten der Länder“, sondern als seine Räthe und Diener zu betrachten seien, und wollte nichts von einer Mitwirkung der Stände bei Besetzung der Stellen wissen. In dem Hofstaatsverzeichniss von 1527 werden ferner noch ungarische und böhmische Hofräthe genannt. Diese Räthe waren aber nicht mit dem Hofrath für das deutsche Reich und die österreichischen Erblande zu einem richterlichen Collegium vereinigt<sup>1)</sup>. Wie König Ludwig einen ungarischen und böhmischen Rath um sich hatte, so beabsichtigte Ferdinand ungarische und böhmische Räthe an seinem Hof zu halten, welche ihn in Angelegenheiten dieser Königreiche berathen sollten. In den ersten Jahren seiner Regierung bestand dann wirklich ein solcher ungarischer und böhmischer Rath. Bald jedoch kam diese Einrichtung ab und der König berief, wenn es die Nothwendigkeit erheischte, angesehene Persönlichkeiten als Räthe aus den beiden Reichen zu sich<sup>2)</sup>.

Das dritte am Hofe des neuen Königs eingerichtete Amt ist die Hofkammer, bestehend aus einem Schatzmeister und mehreren Räthen. Sie ist als eine Institution gedacht, welche mit der Oberaufsicht über das Kammergut betraut, ihren Wirkungskreis über alle Länder des Königs erstreckt. Besonders ward ihr aufgetragen, zu sorgen, dass beständig ein Geldvorrath vorhanden sei. Die Länderkammern waren angewiesen, den Schatzmeister und die Hofkammer zu unterstützen und „ihr aufsehen auf sie zu haben, dieweils alles eins herrn sach ist.“ Der König betrachtete das Kammergut als sein Eigen, worüber er nach Anhörung seiner Hofkammer verfügte. Diese Hofkammer verkehrte mit den Unterbehörden durch eine eigene Kanzlei. Die anderen Kanzleigeschäfte, handelte es sich nun um auswärtige An-

---

<sup>1)</sup> In allgemeinen politischen Dingen konnte natürlich Ferdinand ungarische, böhmische und andere consilarii fragen. Das hängt nicht mit der Competenz des Hofraths als Justizbehörde zusammen. <sup>2)</sup> Meine Auseinandersetzungen werden vielleicht Anfechtungen erfahren, hier einstweilen soviel zur Begründung: Noch in der Ordnung der Hofämter von 1537 (Copie, Staatsarchiv) wird ein Unterschied gemacht zwischen dem Hofrath für das deutsche Reich und die Erblande und den ungarischen und böhmischen Räthen. In den Hofstaatsverzeichnissen, welche in grosser Anzahl vorhanden sind, erscheinen aber vom Jahre 1539 ab keine ungarischen und böhmischen Räthe mehr. Gewöhnlich waren am Hoflager unter Ferdinand I. nur anwesend Vicekanzler der beiden Königreiche mit Secretarien und Schreibern.



gelegenheiten oder um innere Sachen, verrichtete die Hofkanzlei, an deren Spitze seit 1526 der Hofkanzler stand<sup>1)</sup>. Kanzleibestimmungen finden sich schon in der Hofordnung von 1527. Dieselben wurden vervollständigt durch die Kanzleiinstruction vom Jahre 1528, deren wesentlichen Inhalt ich hier anfüge<sup>2)</sup>. Der Hofkanzler erhielt den Titel eines obersten Kanzlers (*supremus cancellarius*). Seine Stellung über der ungarischen und böhmischen Kanzlei und den Kanzleien der anderen Länder ist damit angedeutet. Die Hofkanzlei folgt dem Hofe des Königs. Alle Posten sind dem obersten Kanzler zu überantworten. Er hat das Recht, die „suppliken“ zu eröffnen und „nach gelegenheit der sachen uns selbst oder in unserm geheimen und dem hofrath fürzubringen.“ Was der geheime Rath und der Hofrath beschliessen, ist in der Kanzlei zu expediren und vom Kanzler und dem Ressort-Secretär zu unterschreiben. Die Geschäftseintheilung war in der Weise geregelt, dass die „parteiensachen so justitiam betreffen“ einem eigenen Secretär zugewiesen wurden, der diese nach den Beschlüssen des Hofraths (Parteienraths) auszufertigen hatte, dass ein anderer Secretär für die reichischen und oberösterreichischen Agenden — die Justizsachen natürlich ausgenommen —, ein dritter für die niederösterreichischen Geschäfte bestimmt war. Es gab ferner einen italienischen, spanischen und burgundischen Secretär. Alle Secretäre, auch die ungarischen und böhmischen, standen unter dem obersten Kanzler. Die Hofkanzlei war, wie man sieht, eine einheitliche, aber sie war nur für die Kanzleigeschäfte da. Ich hebe dies hervor, weil im 17. Jahrh. die böhmische und österreichische geheime Hofkanzlei oberste Verwaltungs- und Justizbehörden waren.

Es erübrigt noch, die Personen zu nennen, welche im Rathe des Herrschers als die angesehensten galten. Es sind dies: der Präsident des geheimen Rathes, der Hofmeister, Marschall und Kanzler. Bei dem Hofmeister und Marschall waren Hofdienst mit Staatsdienst verquickt. In Anwesenheit des Königs hat der Hofmeister als der erste Hofwürdenträger bei allen feierlichen Aufzügen mit dem Hofmeisterstab den hohen Herrschaften voranzugehen, in Abwesenheit der königlichen Majestät vertritt er dieselbe bei den Festlichkeiten und in den Räthen, „wo anders sonder personen darzue nit verordnet werden.“ Seine Stellung bringt es mit sich, dass er im geheimen Rathe und im Hofrathe in hervorragender Weise verwendet wird. Er führt auch die Aufsicht und

<sup>1)</sup> Ueber den ersten Hofkanzler Harrach siehe Bidermann a. a. O. 70 A. 74.

<sup>2)</sup> Copie aus dem 17. Jahrh. in dem Archive des Ministeriums des Innern. Die Instruction wurde gegeben in Gran 12. Februar 1528. Vgl. Bidermann 63 A. 50.

Evidenz über das Hofgesinde<sup>1)</sup>. Marschall und Kanzler sind gleichfalls in den Räthen beschäftigt. Der Kanzler sammelt die Stimmen, bereitet den Berathungsstoff und bringt die Bittgesuche vor. Dem Marschall fällt die Pflicht zu, allen Räthen ansagen zu lassen und die „umfrage zu thun“. Bei öffentlichen Aufzügen trägt er dem König das Schwert vor. Mit dem Hofmeister theilt er sich in die Beaufsichtigung des Hofgesindes und hat die Jurisdiction über alle Personen, die zum Hofstaat gehören<sup>2)</sup>. Mit seinen richterlichen Befugnissen hängt zusammen, dass er gewöhnlich dem Hofrath vorsitzt<sup>3)</sup>. Der Präsident des geheimen Rathes ist eine eigenartige Erscheinung für die Zeit von 1527—1539. Der Fürstbischof von Trient Cardinal Bernhard von Cles bekleidete diese Würde, wie er auch der erste und einzige supremus cancellarius war. Er genoss das besondere Vertrauen des Königs, wurde von ihm „Unser lieber Freund“ genannt und ist nicht auf gleiche Stufe mit den übrigen Räthen Ferdinands zu stellen, welche einfache Beamte waren. Der Kirchenfürst befand sich in einer Ausnahmstellung, welche auf die Aemter einwirkte, die er inne hatte<sup>4)</sup>.

Mit der Aufstellung der Centralbehörden war die organisatorische Thätigkeit König Ferdinands noch nicht erschöpft. Gleichzeitig wurde in den Jahren 1527/28 das Finanzwesen in Ungarn und Böhmen

---

<sup>1)</sup> Ich folge hier den Hofordnungen von 1527 und 1537, welche oft wörtlich übereinstimmen und sich gegenseitig ergänzen. Die Thätigkeit des Hofmeisters concurrirte in den Räthen mit der des Kanzlers, wie folgende Stelle aus der Hofordnung von 1537 bezeugt: „Item in rethen, auch offnen verhören und sessionen oder sonst handlungen, solle von unsern wegen, wo das uns personlich ze thun nit gelegen sein will, unser canzler oder er hofmeister red und antwort geben.“ Die Competenzen waren damals noch nicht scharf abgegrenzt und bildeten sich erst später heraus. Den Wirkungskreis des Hofmeisters genau anzugeben, fällt ungemein schwer. Seine Stellung wird bedingt durch das Verhältniss zum regierenden Herrn. Es wäre falsch, zu behaupten, dass er immer den Vorsitz im geheimen Rathe führte. <sup>2)</sup> Dazu werden auch die geheimen Räthe, Hofräthe und Kammerräthe gerechnet. Vgl. über das hofmarschallische Gericht Luschin a. a. O. 251 f. Auf eine Schwierigkeit will ich hinweisen. In der mehrfach genannten Hofordnung von 1537 steht: „Item er (Marschall) soll am hof neben dem hofmeister under dem hofgesind und was zum hofgesind zu clagen habe, verhöre, entscheid, recht und straf ergeen lassen.“ Was bedeutet: „neben dem Hofmeister?“ Thatsächlich übte der Marschall die Gerichtsbarkeit. Ich glaube, es ist hier im Princip ausgesprochen, dass beide über das Hofgesinde Recht sprechen können. <sup>3)</sup> Bis zur Reichshofrathsordnung von 1559 war der Hofmarschall Präsident des Hofraths. <sup>4)</sup> Ferdinand ernannte nach dessen Tode keinen Präsidenten des geheimen Rathes mehr. Auch die Hofkanzlei wurde umgestaltet, als Bernhard nicht mehr Kanzler war.

geregelt, indem man an die ungarische und böhmische Kammer neue Instructionen erliess.<sup>1)</sup> Es liegt diesen die bereits ausgesprochene Auffassung zu Grunde, dass der König über das vorhandene Kammergut das freie Verfügungsrecht habe. Die beiden Kammerordnungen sprechen bündig die Abhängigkeit von der Hofkammer aus und sind ein weiterer Beleg für die einigenden Bestrebungen, welche am Hoflager herrschten. Die böhmische Kammerordnung drückt dies mit den Worten aus: „Und dieweil wir an unserm hof ein ordentlich hofcammer aufgerichtet haben, ist unser ernstlich meinung und bevelh, das die gedachten Behaimischen cammer-rate auf die . . . hofcamer ir aufsehen haben, sich nach derselben richten, vergleichen . . . der nothurft nach correspondiren.“

<sup>1)</sup> Von der böhmischen Kammerordnung eine Copie im Reichsfinanzarchiv, Gedenkbuch N. 300 f. 7. Datum Prag, 25. März 1527. Die ungarische Kammerordnung, dto. Gran, 8. März 1528 ist in Abschrift in demselben Archive in lateinischer und deutscher Sprache vorhanden. Die ungarische Ordnung stimmt mit der böhmischen oft wörtlich überein. Aus den Instructionen lernt man die verschiedenen Gattungen der königlichen Einkünfte kennen. So flossen in die königliche böhmische Kammer: die Erträgnisse der königlichen Domänen und die der Bergwerke, die Urbarialleistungen der königlichen Unterthanen, das Geld, das die im Königreiche zerstreuten Fischteiche abwarfen, der Zins der königlichen Städte und jener, welcher von den Weingärten entrichtet wurde, ferner Mautgelder, Zolleinnahmen und das sogenannte Ungeld (Getränkesteuer), endlich die Subsidien der Stände, welche als ausserordentliche Einnahmen anzusehen sind. Von den regelmässigen Einnahmen waren Mautgelder, Zolleinnahmen und Zinse fixirt. Es stand nicht im Belieben des Königs, neue Zollstätten und Mauten aufzurichten und Zinse aufzulegen. Die böhmische Kammer beaufsichtigte auch die königlichen Forste und hatte für gute Jagden zu sorgen. — An den König hatte die Kammer in deutscher Sprache zu berichten. Auf einen Punkt möchte ich besonders hinweisen. Durch den Begründer der österreichischen Monarchie wurden auch die Länder der böhmischen Krone in nähere Beziehung zu einander gebracht. Er weckte das Gefühl der Zusammengehörigkeit unter ihnen. Mähren, Schlesien und die Lausitzen waren zwar der Krone Beheim incorporirte Länder, verwalteten sich aber vollständig selbständig. Kaum übte die böhmische Kanzlei auf sie eine Einwirkung aus. Ferdinand schuf die Kammer in Prag nicht allein für Böhmen, sondern auch für die Nebenländer. Die lausitzische Kammer, die schlesische Kammer und der Unterkämmerer in Mähren mussten an die böhmische Kamer berichten und empfangen von ihr Vorschriften. Als *bona pociora* der ungarischen Kammer werden genannt: *auri, argenti, salis et aliae minerae vel fodinae, tricesimae, vectigalia, thelonia, piscationes*. Dazu kommen noch als *camerae proventus*: *vineae, jura montana, vinorum et frugum decimae, census taurorum et aliorum pecudum* und in aussergewöhnlichen Fällen die Subsidien, welche die Stände bewilligen. Der Wirkungskreis der Kammer erstreckt sich auf das gesammte Gebiet der Stephanskronen, auf Ungarn, Croatien, Slavonien, Siebenbürgen und die andern dazu gehörigen Lande (*aliaeque eiusdem coherentes provinciae*).

In der ungarischen Kammerordnung findet sich am Schlusse darüber folgende Stelle: „Demum, cum in curia nostra cameram ordinariam habeamus, nostra seriosa voluntas est pariter et decretum, ut prefati consiliarii camerae nostrae Hungaricę respectum ad nos habeant et juxta mandata nostra se exhibeant, conformet et singulis temporibus, ut necessitas exigit, correspondeant.“

Das Jahr 1527 ist das Geburtsjahr der österreichischen Centralverwaltung. Der Grundstein zu einem wichtigen Bau war gelegt worden. Wie wurde darauf fort gebaut? Aus eigener Initiative hatte Ferdinand, ohne die Stände zu befragen, den geheimen Rath, die Hofkammer und die Hofkanzlei ins Leben gerufen, rein fürstliche Organe, welche, wenn sie eine consequente Ausgestaltung erfuhren, den österreichischen Einheitsstaat herausbilden mussten. Viel kam darauf an, welche Aufnahme die neuen Institutionen in den Königreichen und Ländern fanden. In den österreichischen Erbländen ist von einem Widerstand gegen die Centralregierung nichts zu merken. Ferdinand hatte schon vor dem Jahre 1527 gewisse schwierige Sachen seiner Entscheidung vorbehalten und diese mit Räten vom Hof getroffen. Jetzt hatte der früher lose Organismus eine feste Ordnung erhalten. Die Erblände konnten damit wol zufrieden sein, da die Beamten der obersten Aemter aus ihnen genommen wurden. Die örtlichen Regierungen und die Raitkammern der Stammlände bestanden in ihrer Zusammensetzung und früheren Competenz fort, nur nannte man erstere „aus beweglichen Ursachen“ nicht mehr Hofräthe, sondern Regimente. Processe schickten sie durch die Hand des obersten Kanzlers zur Revision an den königlichen Hofrath und Beschwerden in Verwaltungsangelegenheiten an die Hofkanzlei<sup>1)</sup>. Berichte über das Kammergut gingen von den Raitkammern an die Hofkammer, wie auch die Klagen über die Raitkammern von der Hofkammer erledigt wurden<sup>2)</sup>. Nicht so einfach

1) Im Archiv des Ministeriums des Innern liegen: eine Instruction für das Regiment in den niederösterreichischen Landen vom 21. Jänner 1527 (Original), weiter eine Instruction vom 14. April 1532 (Original), dann die Abschriften einer Regierungsvollmacht von 1539 und einer Instruction von 1545 für die niederösterreichischen Lande. In der Ordnung von 1532 ist der ständige Charakter der Regierung zum ersten Mal deutlich ausgesprochen. Dasselbe soll: „in unser gegenwart und abwesen mit allem vleis regieren.“ Die Theilung der Regimente in Senate bleibt. Die Ordnungen sind einander sehr ähnlich. Für das tirolische Regiment befindet sich in demselben Archiv eine Instruction von 1536 (Copie), aus welcher sich ergibt, dass Ferdinand 1527 und 1533 die Innsbrucker Regierung und Kammer ordnete. Dann ist noch eine tirolische Ordnung vorhanden ex 1551.

2) Im Hofkammerarchiv Copien der Hofkammerordnung von 1527 und der niederösterreichischen Raitkammer von 1539; im Ministerium des Innern der Entwurf der

gestalteten sich die Verhältnisse in Ungarn und Böhmen nach Etablierung der Hofregierung.

Ferdinand war durch Wahl der privilegierten Classen, d. i. der Stände, König in Ungarn und Böhmen geworden. Obwol beide Königreiche vor der Thronbesteigung Ferdinands unter ein und demselben König aus dem Jagellonischen Hause standen, so hatten sie doch ihre gesonderten Regierungen. Der böhmische und ungarische Rath waren vollständig unabhängig von einander<sup>1)</sup>. Wir haben hier, wenn es gestattet ist, einen modernen Ausdruck auf so frühe Zeiten zu übertragen, die Personalunion in der reinsten Form vor uns. Die Stände von Ungarn und Böhmen, welche dem Habsburger Ferdinand die Königskrone übertrugen, bedingten sich die Wahrung ihrer Rechte und Privilegien aus und hegten die Ueberzeugung, dass der neue König Böhmen und Ungarn in der alten Weise, jedes Land für sich, regieren werde. In den böhmischen Landtagsverhandlungen des Jahres 1526, die der Wahl vorausgingen, tritt diese Auffassung scharf hervor. Der neue König soll in Böhmen wohnen und in Sachen dieses Königreiches keine anderen Räthe verwenden, als Böhmen, verlangen die Stände. Ein weiteres Postulat war, dass die Majestätsbriefe und Confirmationen, die Ferdinand als König von Böhmen erlassen würde, in der böhmischen Kanzlei geschrieben, von dem böhmischen Kanzler unterfertigt und mit dem Insiegel des böhmischen Königs versehen werden müssen<sup>2)</sup>. Das Gleiche gilt von den Rechtsanschauungen der Ungarn, wenn auch die Belege mangeln. Im Gegensatze dazu errichtete Ferdinand an seinem Hoflager die genannten Centralstellen, welche bestimmt waren, den Willen des Fürsten in allen seinen Königreichen und Ländern zu verwirklichen. Wir werden dies damit erklären können, dass König Ferdinand seine Gewalt als eine persönliche ansah und betreffs der Ausübung derselben, gerade so wie über das Kammergut volles Verfügungsrecht beanspruchte. Diese hohe Meinung von der königlichen Würde führte zu Zwisten mit denjenigen Factoren, welche das böhmische und ungarische Gemeinwesen darstellten, zu Zwisten mit den Ständen beider Königreiche, die bisher im Vereine mit ihren Königen verwaltet und regiert hatten. Dieselben fühlten, dass es um ihre Selbständigkeit geschehen wäre, wenn sie

---

Hofkammerordnung von 1537. In Fiscal-Processen waren Instanzen: Vicedome, Raitkammern und Hofkammer.

<sup>1)</sup> Vgl.: Fremde Gegenstände, Ministerium des Innern 3 von 1524 und den letzten Band von Palacky's Geschichte von Böhmen. Jede Seite beweist die Selbständigkeit beider Königreiche. <sup>2)</sup> Die böhmischen Landtagsverhandlungen und Beschlüsse, hg. vom Landesarchiv, 1 (1526—1545), 42.

von Behörden Befehle empfangen, die über ihren einheimischen Institutionen aufgestellt waren. Ein Ansturm gegen diese Einrichtungen musste erfolgen. Im fortwährenden Kampfe der Centralgewalt mit der ständischen Macht in Ungarn und Böhmen bildeten sich die Regierungsformen der habsburgischen Monarchie aus. Warum die Stände nicht gleich anfangs kräftig dagegen auftraten, ist nicht schwer zu sagen. Ferdinand liess die Regierungsstellen in Ungarn und Böhmen unberührt. Die ungarische und böhmische Kanzlei, die ungarische und böhmische Kammer behielt er bei. Die Justiz wurde in althergebrachter Weise ausgeübt. Donationsurkunden und Privilegien für ungarische und böhmische Herren und Unterthanen fertigte gewöhnlich die betreffende Landeskanzlei aus. Dem Anscheine nach war es beim alten geblieben, früher amtirten aber keine höheren Instanzen. Die neuen Hofbehörden machten sich in kurzer Zeit als solche bemerkbar und das Misstrauen der Stände wurde dadurch rege. Sie wehrten sich, dass der König in ungarischen und böhmischen Angelegenheiten Beschlüsse fasse, nachdem er sich vorher mit Räthen aus den österreichischen Erbländen und dem deutschen Reiche berathen. Daher die sich häufig wiederholenden Bitten der Stände, in ungarischen und böhmischen Sachen sich ungarischer und böhmischer Räthe zu bedienen<sup>1)</sup>. Man hat eben zwei Strömungen zu verzeichnen: Die Habsburger wollten mit denselben Vertrauenspersonen das deutsche Reich, die Erblande, Ungarn und Böhmen regieren, andererseits strebten die ungarischen und böhmischen Herren darnach, ihre Länder als selbstständige regna zu erhalten. Bald war die eine Strömung stärker, bald die andere. Eine gewisse Beeinflussung von Seite der Centralstellen fand wol immer auch in Ungarn bis zum Ende unserer Periode, bis zum Jahre 1848 statt<sup>2)</sup>.

Unter Ferdinand I. gestalteten sich die Verhältnisse derart, dass die böhmische und die ungarische Kammer nach ihren 1527 und 1528 erhaltenen Instructionen der Hofkammer untergeordnet blieben und durch dieselbe geleitet wurden<sup>3)</sup>. Die Vorlagen, welche den Ständen

---

<sup>1)</sup> Böhmisches Landtagsacten 1, 313 und *Monumenta comitialia regni Hungariae*, hg. von der ungarischen Akademie der Wissenschaften. Fast auf jedem Landtag wird diese Bitte gestellt. Man lese vor allem den Gesetzartikel 8 von 1559. <sup>2)</sup> Von dem Einheitsstaat unter Joseph II. und von der Zeit nach 1848 sehe ich ab. <sup>3)</sup> Die Ungarn erhoben zwar Beschwerden, aber vergebens. Auf dem Landtag von Tyrnau 1545 verlangten sie einen eigenen, selbständigen ungarischen Thesaurarius. Der König antwortete ihnen, er habe *merum jus et potestatem . . . reddituum et officialium super eis constituendorum*. *Monum. comit.* von 1545, p. 679. Vgl. dazu Bidermann 75 Anm. 111.

in Ungarn und Böhmen gemacht wurden, beriethen die Centralstellen, der geheime Rath, die Hofkammer und später der Hofkriegsrath<sup>1)</sup>. Diese im Jahre 1556 geschaffene Hofstelle erwies sich in kürzester Zeit als das festeste Bindemittel der Länder. Ihre Autorität wurde am wenigsten angezweifelt. In Ungarn, wie in anderen Ländern hatte sie für die Erhaltung der Festungen und Castelle zu sorgen und schlug deren Commandanten dem König vor. In auswärtigen Dingen vollends hatten ungarische und böhmische Räte gar nichts zu sagen. Die Leitung der auswärtigen Politik geschah durch den geheimen Rath, in dem das deutsche Element ausschliesslich herrschte<sup>2)</sup>. Die Stände hingegen theilten sich in den wichtigsten Fragen, welche zu jener Zeit in den Bereich des staatlichen Lebens gezogen wurden, in Sachen der Steuerbewilligung, der Landesvertheidigung, Justizverwaltung, der Zölle und des Geldwesens mit dem König in die Gesetzgebung<sup>3)</sup>.

Wenn man diese Umstände würdigt und zusammenhält, kommt man zum Schlusse, dass nicht alles, wie es 1527 geplant war, zur Verwirklichung gelangte, dass aber doch Ferdinand, indem er seine königlichen Rechte weise ausnützte, eine behördliche Einheit in der Kriegs- und Finanzverwaltung und in den auswärtigen Dingen zu Stande brachte<sup>4)</sup>. Die Vereinigung der böhmischen und ungarischen Länder mit den Stammländern unter Ferdinand I. barg, wie ich meine, so viele reale Elemente in sich, dass man sie, die gegenwärtige Terminologie angewendet, eine Realunion zu nennen berechtigt ist. Eins darf aber bei Beurtheilung der politischen Zustände des 16. Jahrh. nicht übersehen werden. Die Idee vom Staat und seiner Oberhoheit war erst im Entstehen begriffen. Im Vergleich zu unsern heutigen Verhältnissen war die staatliche Thätigkeit und Wirksamkeit eine sehr geringe. Dem Landesfürsten stand der Grundherr gegenüber, der in seinem Territorium mit seinen Hintersassen nach Belieben schalten und walten zu können vermeinte. Die ihm vom Fürsten ur-

---

<sup>1)</sup> Selbst die niederösterreichische Kammer wurde gefragt und zwar geschah dies schon 1527. Vgl. Mon. comit. I, 177. Die Ausfertigung der Vorlagen erfolgte in der Hofkanzlei durch den geheimen Rathsssecretär. Vgl. Bidermann 64, Anmerkung 51, 55. <sup>2)</sup> Erst im 17. Jahrh. wurden böhmische und ungarische Herren zu geheimen Räten ernannt. Die Ungarn waren immer am spärlichsten im geheimen Rath vertreten. Vgl. Hofstaatsverzeichnisse im Staatsarchiv und im Ministerium des Innern und Bidermann 104 Anm. 84. <sup>3)</sup> Die ungarischen Stände wahrten am eifersüchtigsten ihre privilegierte Stellung und waren am meisten bemüht, sich von der Centralregierung zu emancipiren. <sup>4)</sup> Von den Versuchen Ferdinand I., durch Generallandtage die Länder einander näher zu bringen, sehe ich ab, weil sie keinen practischen Erfolg hatten.

sprünglich nur übertragenen Rechte fasste er als mit seinem Besitze innig und unabänderlich verbunden auf und wollte keine Einmischung in seine Sphäre von Seite der fürstlichen Organe dulden. Er fühlte sich als König im Kleinen. Ueber die Patrimonialherrschaft hinweg trachtete die landesfürstliche Gewalt einen unmittelbaren Einfluss auf deren Unterthanen zu gewinnen. Ein weiteres Bemühen war, die in den Ständen vereinigte grundherrliche Macht, welche ebenfalls als unantastbar und zu eigenem Rechte bestehend aufgefasst wurde, zu brechen. In diesen Kämpfen erwuchs allmählig das politische Gebilde, das wir als Staat bezeichnen. Die österreichischen Habsburger hatten unter den deutschen Fürsten mit den grössten Schwierigkeiten zu kämpfen, um einen einheitlichen Staatswillen zu schaffen. Die politische Selbständigkeit von Ungarn und Böhmen war zu stark entwickelt. Ferdinand I. machte einen glücklichen Anfang zur Centralisation der Verwaltung und von seinen Nachfolgern arbeiteten Ferdinand II. und Maria Theresia mit Erfolg an dem Ausbau dieses Werkes. Unter Ferdinand II. erlosch mit der Aufhebung der alten böhmischen Verfassung die Autonomie der böhmischen Krone. Maria Theresia beseitigte dann auch diejenigen Einrichtungen, welche für eine noch scheinbare Einheitlichkeit der böhmischen Lande sprachen. Seit der grossen Kaiserin stellen die böhmischen und österreichischen Länder einen Einheitsstaat vor. In Ungarn nahm die Gestaltung der Dinge keinen so günstigen Verlauf. Unter Ferdinand I. war eine engere Verbindung vorhanden als später. Während im 17. und 18. Jahrh. die Macht und Gewalt der Stände allenthalben beseitigt wurde und das absolute Regiment Eingang fand, erlangten die ungarischen Landtage eine immer grössere Wichtigkeit. Das Grundprincip der ungarischen Verfassung, der König könne nur im Verein mit den Ständen Gesetze geben, wurde den letzteren öfter feierlich verbürgt. Die ungarische Hofkanzlei und der Statthaltereirath (*consilium locumtenentiale*) erlangten eine vollständige Unabhängigkeit von andern Behörden und unterstanden unmittelbar dem König<sup>1)</sup>. Das Recht der Steuer- und Rekrutenbewilligung wurde zum Palladium der ungarischen Unabhängigkeit.

Nach diesen allgemeinen Ausführungen kehre ich zur Ferdinandeischen Zeit zurück und gebe im Anschluss an das über die Local-

---

<sup>1)</sup> In betreff der ungarischen Kammer konnte ich noch nicht zu einer vollständigen Klarheit gelangen. Das Verhältniss derselben zur Hofkammer war vielen Wechselfällen unterworfen. Im 18. Jahrh. wurde ihre Unabhängigkeit zu wiederholten Malen ausgesprochen.



regierungen in Innsbruck und Wien Bemerkte einige Daten über das locale Regiment in Ungarn und Böhmen. Die beiden Königreiche sollten wol nach den Wünschen der Stände durch den König persönlich regiert werden. Da aber Ferdinand meist von Ungarn und Böhmen abwesend war, musste eine stellvertretende Regierung die Geschäfte führen. In Böhmen regierten im Namen des Königs, wenn nicht ein eigener Gubernator bestellt war<sup>1)</sup>, die höchsten Würdenträger des Reiches, die Landesoffiziere, welche vom König ernannt wurden, dem Herren- und Ritterstand angehören mussten und eigentlich zur Rechtsprechung bestimmt waren<sup>2)</sup>. Die Kanzleigeschäfte besorgte die böhmische Kanzlei; an ihrer Spitze stand der böhmische Kanzler, der auch gewöhnlich in Böhmen weilte. Nur ab und zu treffen wir ihn am königlichen Hoflager. Das Camerale verwaltete die böhmische Kammer. Sitz der Aemter ist Prag.

In Ungarn war für den Fall der Abwesenheit des Königs schon 1485 durch ein Reichsgesetz Vorsorge getroffen worden, wer die Regierung zu führen hatte. Der Palatin war der gesetzliche Stellvertreter des Königs. Er vereinigte die oberste richterliche, militärische und politische Gewalt in seiner Hand<sup>3)</sup>. Die übergrosse Macht des Palatins, der noch dazu auf dem ungarischen Landtag über Vorschlag des Königs von den versammelten Ständen auf Lebenszeit gewählt wurde, liess es schon Ferdinand rathlich erscheinen, die Palatinatswürde, wenn irgend möglich, unbesetzt zu lassen und mit den Geschäften in seiner Abwesenheit lieber mehrere ihm ergebene Personen zu betrauen. Diese sind der Locumtenens generalis, der Locumtenens Palatinalis (in judiciis) und ein oder mehrere supremi Capitanei<sup>4)</sup>. Wir sehen also die Palatinatsgewalt getheilt. Für den König

---

<sup>1)</sup> Im Jahre 1547 wurde als solcher Erzherzog Ferdinand, der spätere Landesfürst von Tirol, aufgestellt. Er blieb als Statthalter im Amt bis 1566, vgl. Hirn 15 f. <sup>2)</sup> Darüber gibt Auskunft ein Actenstück des Ministeriums des Ministeriums des Innern aus dem Jahre 1724, in welchem die Entwicklungsgeschichte der böhmischen Statthalterei vorgeführt wird. Zahlreiche alte Documente in Abschrift liegen bei. (Actenconvolut III A. 4 Böh. 14 von 1728.) Die Landesoffiziere, unter denen die hervorragendsten sind: Oberstburggraf, Landhofmeister, Landmarschall, Kanzler, Oberstlandkämmerer verrichteten auch genau bestimmte Functionen bei der Krönung. <sup>3)</sup> Corpus juris Hung. 1485. <sup>4)</sup> Sehr belehrend sind darüber die Actenstücke 1, 3 und 6 von 1563 (fremde Gegenstände) im Ministerium des Innern. Sie betreffen die Verhandlungen, welche der Krönung Max II. zum König von Ungarn vorausgingen. Die Stände verlangten unter anderem, dass die Palatinwahl vor der Krönung erfolge. Ferdinand wollte von einem Palatin überhaupt nichts wissen und erklärte, dass er in Ungarn auch ohne Palatin zum Wohl des Landes regiert habe. In einem dieser Schriftstücke

regierte eigentlich der von ihm mit bestimmten Vollmachten versehene Locumtenens generalis. Ich möchte ihn den politischen Locumtenens nennen. Die obersten richterlichen Befugnisse übte der Locumtenens Palatinalis (Propalatin) und die militärische Macht hatten die Capitanei. Alle diese ernannte der König. Zum Sitz der Regierung wurde durch einen Landtagsbeschluss Pressburg bestimmt<sup>1)</sup>. Da befand sich auch ein Theil der Kanzlei und die ungarische Kammer. An seinem Hof hatte Ferdinand anfänglich für die Ausfertigung von Schriftstücken, die nach Böhmen und Ungarn gingen, Secretäre, welche dem Hofkanzler unterstanden. Diese Secretäre avancirten zu Vicekanzlern<sup>2)</sup> und so bekam, indem nebstbei die Stände dazu drängten, die ungarische und böhmische Hofexpedition eine selbständigere Stellung. Es wurde im Laufe der Zeit eine ungarische und böhmische Cancellaria aulica daraus. Die ungarischen Stände waren diejenigen, welche besonders eifrig auf eine selbständige Kanzlei hinarbeiteten und eifersüchtig darüber wachten, dass die ungarische Kanzlei die Schriftstücke für Ungarn expedire. Bezeichnend dafür ist der 9. Gesetzartikel vom Jahre 1559: *Similiter ut de litteris quoque ex cancellaria Hungarica emanatis Majestas sua decernere dignetur, ut quemadmodum ex ista nihil mandatorum ad Germaniam, ita ex camera vel cancellaria Germanica nihil, quod jura et libertates Regni concernat, in Hungariam mandaretur; ob id potissimum, quod prae literis Germanicis Hungaricae jam nullius pene momenti habeantur neque observentur, cum maximo damno suae Majestatis . . . Idcirco Caesarea eius Majestas clementer obtulit, se in duobus istis articulis (8 und 9) exhibituram, sicuti negotiorum et rerum qualitas atque conditio postulare videbitur*<sup>3)</sup>.

Die Ordnungen, welche Ferdinand im Jahre 1527 gegeben hatte, erlitten noch unter seiner Regierung einige Abänderungen. Die wichtigste und bedeutendste Aenderung erstreckte sich auf das Kanzleramt. Im Jahre 1538 verschwindet der supremus cancellarius. Die

---

wird ausgeführt, ein Palatin sei gar nicht nothwendig: *et quod habuerit tunc Palatini loco generalem Locumtenentem Regni, qui curabat loco et nomine S. C. M. ea quae suarum erant partium, item Capitaneum generalem, qui praeerat rei bellicae, et denique Locumtenentem Palatinalem, qui jus et justitiam administrabat.*

<sup>1)</sup> G. A. 49 von 1585: *Locus autem administrationis Regni, donec auspice Deo Regnum recuperabitur, fiat Posonium.* <sup>2)</sup> In praxi war das eine Umgehung des ungarischen und böhmischen Kanzlers. — Die böhmischen Vicekanzler Georg Ziabko und Georg von Loxaw waren früher Secretäre der Hofkanzlei, wie sich aus den Hofstaatsverzeichnissen im Kammerarchiv ergibt. Joh. Listh, der spätere ungarische Vicekanzler und Kanzler, war ursprünglich ungarischer Secretär. *Mon. comit. von 1563, p. 500.* <sup>3)</sup> *Mon. comit. (1557—1563) 348.*

Hauptgeschäfte führt von nun an ein königlicher Vicekanzler<sup>1)</sup>, und, als Ferdinand zur kaiserlichen Würde gelangte, der Reichsvizekanzler (Reichshofvicekanzler). Welche Gründe Ferdinand dazu bewogen, das oberste Kanzleramt aufzulassen, darüber können wir nur Vermuthungen hegen. Der Cardinal von Trient hatte ein übergrosses Ansehen und bezog ein sehr hohes Salarium (12,000 fl. rh.). Wollte Ferdinand vielleicht keine so allgewaltige Persönlichkeit mehr neben sich haben? Ein mitbestimmender Umstand für die Umgestaltung dürfte dies wenigstens gewesen sein. Den hauptsächlichsten Grund erblicke ich darin, dass der König, welcher in Abwesenheit seines Bruders Karl auch die deutschen Reichsgeschäfte besorgte, eine engere Anlehnung an das Reich wünschte und in seiner Eigenschaft als deutscher König einen Vicekanzler bestellte, gerade so wie Karl V. an seinem Hof den Reichsvizekanzler als Stellvertreter des Erzkanzlers hatte<sup>2)</sup>.

Im Hinblick auf die Einheit der Geschäftsbehandlung und auf die Organisation von 1527/28 ist darin ein entschiedener Rückschritt zu sehen. Die Festigung des Besitzes wurde dadurch in Frage gestellt. Ferdinand nahm damit selbst, wenn auch unbewusst, eine administrative Scheidung seiner Länder vor. Es war natürlich, dass die ungarischen und böhmischen Stände sich sträubten, den Vicekanzler für das deutsche Reich als Leiter der ungarischen und böh-

---

<sup>1)</sup> Den 1. Mai 1538 zeichnet Gienger als Vicekanzler. Kammerarchiv, Instruct.-Fasc. <sup>2)</sup> Im Archiv des Ministeriums des Innern wird unter der Signatur II B. 4 von 1559 ein ausführliches Elaborat aufbewahrt, in welchem der Erzbischof von Mainz dem Kaiser Ferdinand darzuthun sucht, dass schon seit 1292 der Mainzer Erzbischof als Erzkanzler die deutsche Reichskanzlei geführt habe. Aus demselben geht auch hervor, was ich schon andeutete, dass unter Max I. Erzbischof Berthold von Mainz mit einigem Erfolg die Mainzer Ansprüche zur Geltung brachte. Als Karl V. Kaiser geworden war, setzte es der Cardinal-Erzbischof von Mainz Albrecht durch, dass die alleinige Berechtigung der Mainzer Erzbischöfe zur Führung der römischen Kanzlei feierlichst anerkannt wurde. Darüber sind kaiserliche Decrete in Abschrift vorhanden. In einem ddo. Worms abm andern tag des monats maj 1521 heisst es: „Wir Karl . . . machen wissentlich . . . also das nhun hinfüro solch erzkanzleramt, dem obgemeltn erzbischof Albrecht seinen nachkomen und stift Mennz bleiben sol, und sein L. und derselben nachkomen erzbischof zu Mennz dieselb canzlei personlich annehmen und regieren mugen. . . . So sie die nit personlich regieren, so sollen die vicekanzler in namen und von wegen des genannten erzbischof Albrecht und seiner nachkomen die brive so von der römischen canzlei ausgeen subscribirn. . . Carolus, ad mandatum . . . Nicolaus Ziegler, Vicecancellarius.“ Damit war das Reichsvizekanzleramt als ein stehendes, den Erzkanzler vertretendes Amt eingeführt. So blieb es bis zur Auflösung des deutschen Reiches. Ranke, Deutsche Geschichte im Zeitalter der Reformation bringt darüber eine kurze Notiz 1, 373.

mischen Hofexpedition anzusehen. Eine Schwenkung in der Politik war erfolgt. Der Glanz der deutschen Kaiserkrone überstrahlte die Königskronen. Ferdinand begann sich mehr und mehr als deutscher König und Kaiser zu fühlen. Diese Auffassung zeigt sich deutlich in der Reichshofkanzleiordnung von 1559, welche zwischen ihm und dem Erzbischof von Mainz auf dem Reichstag von Augsburg vereinbart wurde<sup>1)</sup>.

Ferdinand erkennt, wie sein Vorgänger, das Recht des Mainzers auf die Führung und Bestellung der Reichskanzlei an und gibt zu, dass der römische Kaiser den Stellvertreter des Erzbischofs, den Reichsvizekanzler, im Einvernehmen mit dem Erzkanzler zu ernennen habe. Die Befugnisse des Reichsvizekanzlers lassen sich ungefähr so formuliren: Er war Vorstand der Kanzlei, so weit es sich um Reichsgeschäfte, österreichische und Hausgeschäfte handelte. Die Patente, welche an das Reich und die Erblände erlassen wurden, sind von ihm gezeichnet<sup>2)</sup>. Seine Kanzleibeamten schrieben die Protocolle des geheimen Rathes. Man könnte den Vizekanzler füglich den ersten Minister des Kaisers und Vorstand der Cabinetskanzlei nennen, durch den die wichtigsten und geheimsten kaiserlichen Entschliessungen concipirt wurden. Da er einen so hohen Vertrauensposten einnahm, wurde begreiflicher Weise sein Rath auch in ungarischen und böhmischen Angelegenheiten eingeholt. An der Thätigkeit des Reichsvizekanzlers Seld in den letzten Regierungsjahren Ferdinands lässt sich die Bedeutung des Vicecancellariats sehr gut verfolgen<sup>3)</sup>. Die Verhaltensmassregeln, welche der Kaiser an seinen Orator (Gesandten) in Rom schickte, sind von Seld vidirt. Seld eröffnete alle bei Hof einlangenden Briefe und sandte sie, wenn Ferdinand sich von der jeweiligen Residenz entfernt hatte, mit längeren Begleitschreiben nach. Er antwortete den ungarischen Ständen im Namen des Königs, als derselbe aus Anlass der Krönung seines Sohnes auf dem Pressburger Landtag erschien<sup>4)</sup>. In Sachen des Concils war er erster Berather und verfasste ein viel gerühmtes Gutachten über die Reformirung der Kirche, welches im

---

<sup>1)</sup> Copie ohne Datum im Staatsarchiv. Das Concept im Ministerium des Innern hat das Datum Augsburg 1. Juni 1559. Die Ordnung trat schon unter Ferdinand in Wirksamkeit, wie auch aus einem Schreiben Maximilian II. an Kurmainz vom 3. Januar 1565 ersichtlich ist (Staatsarchiv). Auf das Schreiben machte mich Prof. Rosenthal in Jena aufmerksam. <sup>2)</sup> Die reichhaltige Patentensammlung im Ministerium des Innern liefert dafür hunderte von Belegen. <sup>3)</sup> Lehrreichen Aufschluss darüber bieten auch die von Sickel gesammelten Actenstücke Zur Geschichte des Concils von Trient (1559—1562), 75, 81, 575 ff. <sup>4)</sup> Bidermann 65, Anm. 55 und Archiv des Ministeriums des Innern, Fremde Gegenstände I von 1563.

gesamten Hofrath in Gegenwart des Kaisers Punkt für Punkt durchberathen wurde. — Damals war nämlich der geheime Rath noch nicht zu einem gesonderten Collegium geworden. Der Hofrath übte nicht allein concurrirend mit dem Reichskammergericht die oberste Gerichtshoheit des Kaisers und Reiches aus, er war auch als Regierungscollegium in politischen Dingen thätig<sup>1)</sup>. —

Diese Bedeutung und Stellung behielt der Reichsvizekanzler bis zur Errichtung der geheimen österreichischen Hofkanzlei durch Ferdinand II.<sup>2)</sup>. Es fordert immerhin zum Nachdenken auf, dass man einem kaiserlichen und mainzischen Beamten ein solches Vertrauen entgegenbrachte. Welcher Abstand zwischen Leonhard von Harrach, dem prunkliebenden Cardinal von Trient, und den Herren Gienger, Jonas, Seld! Die bürgerlichen Vizekanzler gehörten dem gerade zu Ansehen gelangenden Juristenstand an. Die genaue Kenntniss des römischen und canonischen Rechts kam in einer Zeit sehr zu statten, wo die Wahrung ihrer Hoheit und die Schlichtung der religiösen Zwistigkeiten die Hauptsorge der Herrscher war.

Auf demselben Augsburger Reichstag, wo die Reichskanzlei eine Ordnung erhielt, erliess der Kaiser eine Reichshofrathsordnung, welche in den wesentlichsten Punkten mit der Ordnung von 1527 und dem Entwurf von 1541 übereinstimmt<sup>3)</sup>. Aus dem Hofrath des deutschen Königs war der Hofrath des deutschen Kaisers geworden. Die Mitglieder des Hofraths gehörten nach wie vor dem deutschen Reich und den österreichischen Erbländen an<sup>4)</sup>. Derselbe blieb bis

<sup>1)</sup> Es konnten auch Hofräthe zum Vortrag in den geheimen Rath berufen werden. Sehr häufig wurden Reichshofräthe zu diplomatischen Missionen verwendet. Im Jahre 1556 gab es z. B. nur drei geheime Räthe, von denen Gienger gewöhnlich abwesend war. <sup>2)</sup> Wenn Bidermann 79 sagt: „Bis 1559 war der erbländische Hofrath erwähntermassen auch oberstes Tribunal für das römisch-deutsche Reich gewesen; die Reichshofrathsordnung vom genannten Jahre entzog ihm seine diesfälligen richterlichen und sonstigen Befugnisse. Nur der österreichische Hofkanzler blieb fortan auch mit den Geschäften eines Vizekanzlers des römisch-deutschen Reiches betraut“, so ist das den thatsächlichen Verhältnissen nicht entsprechend. Der Reichsvizekanzler besorgte am Hof die Kanzleigeschäfte für die Erblände. Von österreichischen Hofkanzlern wissen die Acten nichts. Harrach unterschrieb sich Kanzler, Card. Bernhard: S. C. (Supr. Canc.) und die Vizekanzler mit V. C. Die Kanzlei wurde Hofkanzlei und später auch Reichskanzlei genannt. (Acten und Patente im Ministerium des Innern.) Den österreichischen Hofkanzler (recte Reichsvizekanzler) den Landeskanzler des Erzherzogthums zu nennen, ist ebenfalls unzulässig (Bidermann 35). Die Regierung des Erzherzogthums hatte ihren eigenen Regimentskanzler. Mit meiner Auffassung über die Stellung der Hofkanzlei stimmt mehr überein Wolf, Fürst W. Lobkowitz 219. <sup>3)</sup> Bidermann gibt einen Auszug 77 Anm. 127. <sup>4)</sup> Von einem rein erbländischen Hofrath bis 1557 kann man also auch nicht reden.

zur collegialen Organisirung der geheimen österreichischen Hofkanzlei oberste Instanz in Processachen für die deutschösterreichischen Erblande<sup>1)</sup>. Eine Bestätigung meiner Ausführungen über Reichskanzlei, Reichsvicekanzler und Hofrath liefert ein Schriftstück, das in dem Diarium<sup>2)</sup> von der Wahl und Krönung Karl VII. abgedruckt ist. Es ist „der Extract eines Pro Memoria des Wienerischen Hofes, die Auslieferung des Reichsarchives betreffend.“ „Man kan nicht unerinnert lassen“, schreibt Maria Theresia, „dass schon von Zeiten Kayseris Friderici III. an alle Expeditionen so wol in Reichs- und Oesterreichischen Angelegenheiten einzig und allein durch die Reichs-Cantzley besorget, und die Contrasignatur von einem zeitlichen Reichs-Vice-Kanzler vollzogen worden, dahero man auch alle und jede Acta bei der Reichs-Kantzley niedergeleget, inmassen keine besondere Oesterreichische Kantzley vorhanden gewesen und könnten hier viele Heyraths-Contracten, Verzichten vermählter Ertz-Herzoginnen und andere dergleichen Urkunden angezogen werden, so man verlässlich weiss, unter denen so genannten Reichs-Actis mit verwahret zu werden. Zu Zeiten Ferdinand I., Maximiliani II. und Rudolphi II. findet sich unter denen damaligen Reichs-Vice-Kanzlern Seldio, Zasio, denen beden von Strahendorff und dem von Ulm, wie die vorhandenen Protocolle mit mehreren besagen, dass nicht allein die Judicial-Process von der N. Ö. Regierung an den Reichs-Hof-Rath per Revisionem gebracht, sondern sogar die Wienerische Handwercks-Ordnungen und derselben Confirmationes Privilegorium von der Reichs-Kantzley expediret worden. Dieses hat solchergestalten biss auf das 1620 furtdauret, da Ferdinand II. eine Oesterreichische Hof-Kantzley errichtet.“

Wenn ich auch nichts Neues bieten kann, ist es doch der Vollständigkeit halber nothwendig, einige Bemerkungen über die Beschaffenheit des Kriegswesens vorzubringen. Wer hatte in der Ferdinandeischen Zeit für die Werbung der Truppen, für die Aufbringung des Proviants und für die Instandhaltung der Festungen und Arsenele zu sorgen? Gerade in diesem wichtigsten und kostspieligsten Zweig der heutigen Staatsverwaltung mangelte noch jegliches einheitliche Vorgehen. Der Landesfürst übte im Allgemeinen die Militärhoheit aus, aber ebenso hatten die Stände das Recht, Truppen zu werben. Wenn die Landesgrenzen bedroht waren, boten die Stände auf ihre

<sup>1)</sup> Vergl. dazu die jüngste deutsche Rechtsgeschichte von Siegel 224 ff.

<sup>2)</sup> Das Diarium ist 1742 in Frankfurt gedruckt. Vgl. Beilagen zum Diarium 40 (Ende des Werkes). Kurmainz schrieb an die Königin von Ungarn wegen Auslieferung des Reichsarchives. Die Antwort darauf führe ich theilweise an.

eigene Faust Soldaten auf, bestellten Befehlshaber darüber, welche im Namen der Stände commandirten und kamen für die Ausrüstung und Verproviantirung dieser Mannschaften auf. Wollte der Landesfürst die ständische Macht mit seinen eigenen Truppen vereinigen, so war er gezwungen, den Weg der Verhandlungen mit den Ständen zu betreten. Es gab ständische und fürstliche Heere. Den Sold für die landesfürstlichen Soldaten bestritten die Kammern der einzelnen Länder. Diese verwalteten im Verein mit den Landesregierungen die *res bellicae*. Am königlichen Hofe selbst war keine eigene Behörde dafür. Geheime Räthe, Hofräthe und Kammerräthe beriethen über Kriegssachen. Nur in ausserordentlichen Fällen wurden eigene Kriegsräthe ernannt<sup>1)</sup>. Erst im Jahre 1556 errichtete Ferdinand den Kriegsrath als ständige collegiale Behörde, welche die Leitung des Kriegswesens in allen Ländern übernahm und bis zum Jahre 1848 in Activität blieb<sup>2)</sup>.

#### Max, Rudolph und Mathias (1564—1619).

Diese drei Kaiser sind unter einem zu nennen, weil während ihrer Regierungszeit der Reichsvicekanzler noch seine frühere Stellung beibehielt. In seiner Kanzlei wurden nach wie vor nicht allein die Erlasse, die das Reich, sondern auch diejenigen, welche die österreichischen Erblände angingen, ausgefertigt. Das Behördenwesen am Hof: Geheimer Rath, Hofkriegsrath, Hofkammer, Reichshofrath, wie es Ferdinand aufgestellt hatte, bestand gleichfalls fort. Freilich die räumliche Wirkungskreis erlitt eine Abänderung. Ferdinand, der im Anfang seiner Regierung so eifrig bestrebt war, seine Länder wenigstens durch ein System von Behörden zu verbinden, ordnete testamentarisch eine Theilung seines Besitzstandes an, welche auch nach seinem Tode zur Ausführung kam. Der älteste Sohn, Kaiser Max, der noch zu Lebzeiten seines Vaters zum König von Ungarn und Böhmen gekrönt worden war, bekam zu diesen Königreichen das Erzherzogthum Oesterreich, Ferdinand wurde Herr von Tirol und den Vorlanden und Karl Gebieter in Steiermark, Kärnten, Krain und den dazu gehörigen Landschaften.

In welchem Verhältnisse die Theilfürsten zu einander sich befanden, ist nicht leicht zu bestimmen. Die Brüder wurden zwar von ihrem Vater dringendst gebeten, so zu einander zu halten, „als wann sie gar ungeteilt und unseres Haus Oesterreich Land und Leut durch

<sup>1)</sup> Im Jahre 1531 schrieben dem Rath der Stadt Oedenburg: Römischer Khu. Mt. hie verordnet Kriegsrat und Commissari zu Wienn (Mon. comit. 1, 376).

<sup>2)</sup> Firnhaber, Ueber den Hofkriegsrath, Archiv f. öst. Geschichtsquellen, 30. Bd.

ein eintrectige gemeine und gesamte Regierung undverscheidenlich versähen und regierten", aber doch überträgt die Testamentsacte von 1554 den Erzherzogen Ferdinand und Karl die Länder „mit fürstlicher Herrschaft und vollen und ganzen Gewalten"<sup>1)</sup>. Beide Fürsten benahmen sich in der That als selbständige Landesherrn. Die Aufforderung des Vaters, zusammenzuhalten, fassten sie als einfachen Wunsch auf, den zu befolgen, von ihrem Belieben abhinge. Mit der Centralregierung für alle österreichischen Lande war es vorbei, da in Folge dieser Ländertheilung Innsbruck und Graz neben Wien selbstständige Regierungscentren wurden. Die Erzherzoge bestellten nach dem Muster des kaiserlichen Hofes die Regierung. Jeder hatte einen geheimen Rath, einen Hofrath, eine Hofkammer und eine Hofkanzlei. Daneben fungirten die Landesregierungen, die Regimente mit den Statthaltern an der Spitze<sup>2)</sup>. Nur mit der Verwaltung des Kriegswesens hielten es die Brüder verschieden. In Tirol besorgten dasselbe wie früher Regierung und Kammer. Karl aber, dessen Lande den Angriffen der Türken sehr ausgesetzt waren und der im kaiserlichen Auftrage das westliche Ungarn und Croatien zu decken hatte, sah sich genöthigt, um die Vertheidigungsanstalten besser leiten zu können, sich einen Hofkriegsrath in Graz zu bilden, der — mit dem Wiener Hofkriegsrath oft concurrirend — bis in die Zeit Joseph I. seine Selbständigkeit behauptete. Die Errichtung dieses steirischen Kriegsrathes setze ich in Widerstreit mit anderen Forschern<sup>3)</sup> in das Jahr 1578. Mit Anfang dieses Jahres übertrug nämlich Kaiser Rudolph II. dem Erzherzog Karl das „ewige und immerwährende Generalat" der windischen und kroatischen Grenze und gab der letztere im Januar auf dem Brucker Landtag die Erklärung ab, dass seine Länder

<sup>1)</sup> Das Testament ist abgedruckt in Schröters Abhandlungen aus dem österr. Staatsrecht V, 449 ff. Vgl. dazu Hirn 43. <sup>2)</sup> Vgl. über Tirol Hirn 461 ff. und Bidermann, Geschichte der landesfürstl. Behörden in Tirol im Archiv für Geschichte und Alterthumskunde Tirols, III. Jahrgang (1886), 4. Heft. Im Staatsarchiv findet sich eine Hofstaatsordnung des Erzherzogs Karl von Steiermark aus dem Jahre 1590 vor. Nach derselben gab es am steirischen Hofe: Geheime Rätthe (drei), einen geheimen Rath und Hofvicekanzler, einen Hofkammerpräsidenten und Rätthe und eine Hofkanzlei. Neben der Hofkammer wird auch eine niederösterreichische Kammer in Graz in diesem Schriftstück genannt. Die Erklärung für diese Bezeichnung liegt darin, dass Steiermark, Kärnten und Krain damals noch zu den niederösterreichischen Landen gerechnet wurden. Der Ausdruck Innerösterreich kam erst unter Ferdinand II. auf. Man muss also in dieser Zeit unterscheiden zwischen der niederösterreichischen Kammer in Graz und in Wien. <sup>3)</sup> Koch, Quellen zur Geschichte Kaiser Max II. nimmt das Jahr 1566 an. Vgl. Bidermann, Staats-Idee 29 und 88, Anm. 32, der sich aber über das Errichtungsjahr nicht bestimmt ausspricht.



nun die Grenzvertheidigung allein zu tragen haben<sup>1)</sup>. Da im Kriegsarchiv eine Instruction für einen löblichen Hofkriegsrath in Steyr de dato 11. März 1578 vorhanden ist<sup>2)</sup>, in welcher einer früheren Ordnung keine Erwähnung geschieht, so bleibt wol nichts anders übrig, als diese Ordnung von 1578 für die Gründungsurkunde zu halten. Dafür liefert noch ein weiteres Argument die innerösterreichische Hofkriegsrathsordnung von 1675, wo es heisst: „Also haben wür die Ihnen noch unterm 11. Martij 1578 erthailte gnädigste Instruction alles fleisses ersehen und erwogen; darauf auch, wie Wür es derzeit für nothwendig . . . befunden, verändert . . .“

Von den unabhängigen Localregierungen der Erzherzoge wenden wir uns zu den Centralorganen des Kaisers. Dass der Thätigkeit derselben unter Ferdinand I. mannigfacher Widerstand entgegengesetzt wurde, ist bekannt. Auch unter Max II. und seinen Nachfolgern lassen sich dieselben Beobachtungen machen. Der Kurfürst von Mainz beschwerte sich als Haupt der Reichskanzlei im Jahre 1565 beim Kaiser darüber, dass die böhmischen, ungarischen und österreichischen Angelegenheiten mit den Reichssachen vermengt würden. Max antwortete, dass die Königreiche Ungarn und Böhmen immer ihre eigenen Kanzleien gehabt hätten. Die Ausfertigung der österreichischen Geschäftsstücke in der Reichskanzlei findet er selbstverständlich, bemerkt aber dazu, dass dafür besondere Secretäre, welche in abgesonderten Zimmern sitzen, bestimmt und dass nur der Registrator und Taxator gemeinsam seien<sup>3)</sup>.

Die ungarischen und böhmischen Stände machten nicht minder grosse Anstrengungen, die Verwaltung der Königreiche den Landeskindern zu erhalten und eine gesonderte Stellung zu bewahren. Für die Auffassung, welche die böhmischen Stände über ihr Staatswesen hatten, geben die beste Erläuterung die Landtagsverhandlungen und Beschlüsse von 1565 und 1575. Vor allem gehören in den Bereich dieser Darstellung die Bestimmungen, die über das Kriegswesen und die Räthe des Königs vereinbart wurden. Auf dem Landtage von 1565 beschlossen die Stände mit Zustimmung des Königs: „Was dann

---

<sup>1)</sup> Vgl. Dimitz, Geschichte Krains 3, 59 ff.    <sup>2)</sup> Eine Copie, abgedruckt im Archiv für K. öst. Geschichtsquellen, 30. Bd., p. 166. Seltsamer Weise sieht der Herausgeber Firnhaber in der Instruction von 1675 eine Ordnung für den Wiener Hofkriegsrath (a. a. O. p. 101).    <sup>3)</sup> Staatsarchiv, Schreiben K. Max II. an den Erzbischof von Mainz, 3. Januar 1565. Vgl. oben S. 285, Anm. 1. Vom Jahre 1576 an gab es einen eigenen österreichischen Registrator in der Reichskanzlei (Hofkanzlei). Vgl. Hofordnung Rudolph II. von 1576, Staatsarchiv.

die Personen, so auf der Kais. Mt. allergnädigst Begern von den Ständen des Königreichs Behaimb zu Kriegsräten erkieset und nambhaftig gemacht, desgleichen sich auch auf Ihrer Kais. Mt. Erfordern zu derselben underthenigst verfüegen sollen, betreffend ist, hierauf haben wir alle drei Stände uns sammentlich also verglichen und entschlossen, dass dieselbigen Personen und ein jeder, welchen die Kais. Mt. zu Kriegsräten für tauglich erachten und zu sich allergnädigst erfordern werden, da sie nur auch mit notturfüriger Zerung und anderer Notturft, damit sie sich auf den Weg rusten und in Ihrer Kais. Mt. Diensten und Geschäften verharren und bleiben können, versehen werden, sich williglich und untertheniglich verhalten sollen<sup>1)</sup>; — ein Versuch der Stände, einen Einfluss auf den Hofkriegsrath zu erlangen. Die Stelle über die Räthe eines Königs von Böhmen steht in den Landtagsbeschlüssen von 1575 und besagt: „Und da es sich zuetrüege, dass Ihre Kais. Mt. aus diesem Kunigreich verreisen sollten, haben sich alle drei Stände dahin verglichen, dass vier taugliche Personen aus diesem Kunigreich, zwo Herren und zwo Personen aus der Ritterschaft, für Räthe, deren sich Ihre Kais. Mt. mit den obristen Landoffizieren und Rechtsitzern, denen auch alle drei Stände bei diesem Landtage hiezue volligen Macht und Gewalt geben, vergleichen wurden, sollen erwählet werden, welche wesentlich an Ihrer Kais. Mt. Hofe und bei Erwägung und Expedirung allerlei behmischen Sachen wären, denen alle drei Stände ihre Bezahlung zu derselbigen Unterhalt, wie sich die obristen Landoffizierer und Rechtsitzer mit ihnen derhalben vergleichen wurden, zu reichen schuldig sein werden“<sup>2)</sup>. Aus den Landtagsverhandlungen und Beschlüssen lernt man am klarsten die staatsrechtlichen Verhältnisse der Länder der böhmischen Krone kennen: Böhmen, Mähren, Schlesien und die beiden Lausitzen stellen damals eine staatliche Gemeinschaft vor. Die böhmischen Landesbeamten, die Landesoffiziere, erstatten dem böhmischen König ihre Gutachten über die Einberufung der Landtage und die vorzulegenden königlichen Propositionen und sprechen ihre Meinung aus, sowol über speciell böhmische Angelegenheiten, als über die der incorporirten Länder. Der oberste böhmische Kanzler führt die Verhandlungen mit den Nebeländern und in seiner Kanzlei verfertigt man die Vorschläge der Regierung für die Landtage. Supplikationen werden in Anwesenheit des Königs in Prag an den böhmischen Kanzler übermittelt und dieser gibt im Namen des ersteren Bescheid durch die

<sup>1)</sup> Die böhmischen Landtagsbeschlüsse 3, 253.  
4, 247.

<sup>2)</sup> Landtagsbeschlüsse

böhmische Kanzlei<sup>1)</sup>. Es hat beinahe den Anschein, als ob die böhmischen Länder nach dem Rathe der einheimischen Standespersonen allein regiert wurden. Das zu glauben, wäre aber ein Irrthum, denn der geheime Rath und die Hofkammer behaupteten trotzdem ihr Uebergewicht. Die kaiserlichen geheimen Räthe überprüften die Vorschläge des böhmischen Kanzlers und der Landesoffiziere und die Kammerartikel giengen von der Hofkammer aus, welche sie auf Grund der von den Landeskammern einlaufenden Berichte zusammenstellte<sup>2)</sup>.

Ebenso wie die böhmischen Stände hüteten die Status et Ordines der Stephanskronen ihre Privilegien und strebten darnach, sich unabhängig von den Hofbehörden zu machen. Was sie unter Kaiser Max durchsetzten, ist im Gesetzartikel 38 von 1569 niedergelegt: „Institerunt quoque status et ordines, ut, quia regnicolis valde onerosum est negocia et supplicationes eorum ex Hungaria ad bellicum consilium et inde quandoque ad cameras remitti, Majestas Sua Caesarea dignaretur in rebus fidelium subditorum suorum Hungarorum, Hungarico uti consilio; qua in parte Majestas Sua benigne declaravit, quae justiciam, jura, libertatesque regni concernunt in Hungarico, quae cameralia in camera, quae vero bellica negotia sunt, in bellico consilio, more hactenus observato, tractari, ac proinde ad minus duos, unum videlicet ecclesiasticum, alterum vero secularem, ex Majestatis Suae consiliariis Hungaris, aulam continue sequi debere, quo Majestas ejus illorum opera, in istis rebus Hungaricis justiciam et jura libertatesque regni concernentibus, uti possit, cum quibus etiam de regni bellicis rebus ubi necessitas postulaverit, se collaturam, ac insuper, ut in praefatis camerae et bellico consiliis partes eo citius breviusque expediri et sumptu illo, quem hactenus in interpretes facere coactos fuisse regni status conquesti sunt, sublevari queant, curaturam, clementissime obtulit, ut in posterum bini interpretes tam apud cameram suam aulicam quam bellicum consilium, qui a Majestate Sua salaria accipient, ac partibus operam suam interpretando gratis praestent, inteteneri et dictis consiliis vel eorundem praesidibus alterni continue adesse debeant“<sup>3)</sup>. Der Unterordnung unter Hofkammer und Hofkriegsrath konnten sich also die ungarischen Stände nicht entziehen und mit Mühe gelang es ihnen, in beide Centralstellen Dolmetsche (Translatoren) für die Par-

<sup>1)</sup> Vgl. unter anderem Landtagsbeschlüsse 3, 204, 210 ff., 394 und 420.

<sup>2)</sup> Landtagsbeschlüsse 3, 558 und 4, 11. <sup>3)</sup> Monumenta comitialia, Band (1564—1572), p. 270. Zur Erklärung der Stelle: „ad cameras remitti“ will ich bemerken, dass man darunter die Hofkammer und die niederösterreichische Kammer zu verstehen hat.

teien zu bringen. Die Selbständigkeit der inneren Verwaltung und Justizpflege ist ihnen aber in unserem Gesetzartikel feierlichst garantirt, denn das bedeuten die Worte: „*quae justiciam jura libertatesque regni concernentibus in Hungarico . . .*“ Die Ungarn durften damit zufrieden sein. In dem, was ihnen gewährleistet wurde, erblickte man in jener Zeit die Attribute eines autonomen Königreiches. Die Kammerverwaltung wurde schliesslich doch nur als höchst persönliche Sache des Herrschers betrachtet und die Administration des Kriegswesens bildete sich erst. In ungarischen Angelegenheiten hingegen sollten den ungarischen König ungarische Räthe allein berathen. Und dies war die Hauptsache. Wenn man die *Monumenta comitialia Regni Hungariae* dieser Zeit durchliest, so erhält man den Eindruck, dass, wenn auch der geheime Rath, der Hofkriegsrath, die Hofkammer, die niederösterreichische Kammer, ja selbst der Reichspfennigmeister über die Propositionen, welche man dem ungarischen Landtag machen wollte, ihre Meinung abgaben und diese Vorschläge häufig in der Reichskanzlei ausgearbeitet wurden<sup>1)</sup>, das Königreich Ungarn nach dem Rathe der ungarischen Räthe von dem *Locumtenens* und der ungarischen Kammer verwaltet und mit dem ungarischen Landtag regiert wurde, ohne dessen Einwilligung keine neue Zollstätte errichtet, die Comitalverwaltung nicht abgeändert, die Münze nicht regulirt und keine Auflage (*subsidia, contributiones*) eingehoben werden durfte.

Neben den *Monumenta comitialia* kommen für die Betrachtung der ungarischen politischen Zustände die *Hungarica* im Staatsarchiv in Betracht. Besondere Beachtung verdienen die Acten, welche aus der Zeit Rudolph II. vorhanden sind, weil diese sehr reichliche Belehrung über die Administration in Ungarn und über die Beschaffenheit der kaiserlichen Centralregierung gewähren. Im Nachstehenden das Wesentlichste aus ihnen. Als Max II. in Regensburg der Tod ereilte, war am Hofe niemand von der ungarischen Kanzlei anwesend und der Secretär der deutschen Reichskanzlei Obernburger fertigte unter Gegenzeichnung des Reichsvizekanzlers Joh. Weber die Schriftstücke aus, in welchen dem *Locumtenens* in Pressburg und dem ungarischen Kanzler, dem Bischof von Raab, der in seiner Diocese weilte, das Ableben des Königs und der Regierungsantritt Rudolphs angezeigt wurde. Das Schreiben, welches auf diese Nachricht hin der

---

<sup>1)</sup> Als es sich in den 60er Jahren darum handelte, für das Februar-Patent eine historische Grundlage zu schaffen, wurde dieser Gesetzartikel besonders dazu verwendet und verwerthet. <sup>2)</sup> Vgl. u. a. *Mon. comitialia*, Bd. 1564—1572, p. 194 ff. und Bd. 1598—1601, p. 36, 39, 54, 69.

Kanzler an den Erzherzog Ernst, den Stellvertreter des neuen Kaisers und Königs in Wien richtete — ein sehr merkwürdiges historisches Document —, befasst sich eingehend damit, was nach dem Tode eines ungarischen Königs für eine verwaltungsrechtliche Situation eintrete und was bei dem Regierungsantritt des neuen Königs zu geschehen habe. „Ceterum quod ad expeditionem negotiorum attinet“, schreibt der Bischof von Raab, „a me quidem nihil intermitteretur, sed Sere- nitatem vestram humiliter admonere volui, omnem nunc expeditionem morte Suae Majestatis pendere tamdiu interruptam, in rebus prae- sertim justitiae, quamdiu moderna Maiestas suos fideles de morte parentis sui colendissimi traditisque in hac sua absentia vestrae Sere- nitati suis vicibus administrandis per singulares literas non fecerit certiores, quemadmodum ipsa quondam Majestas Sua fecit, mortuo foelicissimae memoriae quondam imperatore Ferdinando. Omnia autem officia Regni publica nunc vacant, neque sigillorum priorum aliquis est vigor, quae quisque iudicum modernae Maiestati cum resignatione officii praesentare, ipsa vero Sua Maiestas illa de novo, prout ei vide- bitur, constituere debet“<sup>1)</sup>. Die Vorschläge des Kanzlers wurden angenommen und ihm aufgetragen, die Installationsschreiben auszu- fertigen, dem Kaiser zur Unterschrift zu schicken und darauf an die Behörden und Comitате zu versenden.

Für die Behördenorganisation unter Rudolph wurde besonders ein Umstand schwerwiegend und nachtheilig, sein menschenscheuer Sinn, der ihn dazu brachte, sich auf dem Prager Schloss einzuschliessen und ein einsames von der Aussenwelt abgeschlossenes Leben zu führen. Vom Hradschin aus die Gesamtregierung zu besorgen, war an und für sich beschwerlich. Es dauerte viel zu lang, bis die Posten aus Ungarn, das von den Türken theilweise besetzt und arg bedrängt war, nach Prag und von dort wieder nach Pressburg kamen. Ein unmittelbares kräftiges Eingreifen war oft dringend nothwendig. Schon Max II. hatte darum das der ungarischen Grenze nahe gelegene Wien zum ständigen Sitz der Centralregierung gemacht. Bei seiner Ab- wesenheit liess er eine oberste Regierung und Abtheilungen der vor- nehmsten Aemter zurück. So bestand in Wien 1565/66 eine stell- vertretende kaiserliche Regierung unter dem Namen des Deputirten- Collegiums<sup>2)</sup>. Theile des Hofkriegsraths und der Hofkammer ver-

---

<sup>1)</sup> Hungarica (Convolut Oct.-Dec.), Original de dato 21. Dec. 1576. <sup>2)</sup> Der Name kommt hier zum ersten Male vor. Die Instruction selbst ist nicht vor- handen. Sie wird aber in der Ordnung für das collegium deputatorum von 1595 erwähnt (Ministerium des Innern 7 von 1595, III, A, 1, N.Ö.).

weilten ohne Unterbrechung daselbst und hatten die Bezeichnung der Hinterlassenen<sup>1)</sup>).

Diese Vorkehrungen, welche für den Fall, dass der Herrscher von Wien fern war, getroffen waren, wurden unter Rudolph, der von 1578 bis zu seinem Tode in Prag Hof hielt und sich mehr und mehr von den Regierungsgeschäften zurückzog, zu dauernden-Einrichtungen. Einer seiner Brüder, Ernst, Max und Mathias, residirte beständig in Wien als Alterego, regierte das Erzherzogthum und als Locumtenens generalis das Königreich Ungarn<sup>2)</sup>. Geheime Räthe, Hofkammer — und Hofkriegsräthe und Beamte der Hofkanzlei waren diesen Erzherzogen beigegeben<sup>3)</sup>. Die grössere Hälfte der Beamten der einzelnen Centralbehörden standen wol dem Kaiser in Prag zur Verfügung. Aber nur in den dringendsten Fällen wandte man sich dahin um Rath und holte kaiserliche Entschliessungen ein. Das Meiste wurde in Wien entschieden. Die Leitung des Kriegswesens lag nahezu ganz in den Händen des in Wien weilenden kaiserlichen Stellvertreters. Ein Beispiel möge genügen. Erzherzog Ernst schreibt am 13. November 1583 an seinen Bruder, er habe in Erfahrung gebracht, dass Rudolph in der Krone Böhmen einen gemeinen Landtag auszuschreiben gedanke und mache deswegen, da dieser „jeder Zeit zu solchen Beheimischen Landtügen wegen dess Hungarischen Greniz unnd Kriegswesenns einen dess Kriegsraths von hinnen erfordern lasse“, darauf aufmerksam, dass jetzt wenig Kriegsräthe in Wien seien und er schwer einen entbehren könne. In dem Antwortschreiben verzichtet der Kaiser auf die Zusendung eines Kriegsrathes mit der Begründung: „und one das alle solchen Punkten, so das Kriegswesen beruren, mit E. L. Gutachten gehandelt werden“<sup>4)</sup>. Auch die Mandate, welche an die Comman-

<sup>1)</sup> Viele Beispiele in den Hungarica. <sup>2)</sup> Die Bestallung des Erzherzogs Ernst ist in einem Brief enthalten, den Rudolph an die ungarische Regierung in Pressburg nach dem Tode seines Vaters richtete. Es heisst hier: „Alterum est, quod cum serenissimus Ernestus Archidux Austriae . . . frater et princeps noster charissimus, interim dum nos ab Archiducatu nostro Austriae abesse contigerit, nostras vices, tanquam Locumtenens, in administrandis publicis privatisque nostri istius Regni Hungariae negotiis gesturus sit . . .“ Regensburg, 18. October 1576. Unterschriften: Rudolph, Weber, Obernburger (Original). <sup>3)</sup> Zahlreiche Belege in den Mon. comit. und Hungarica des Staatsarchivs. Ob auch eine ständige Expositur des Reichshofraths unter Rudolph in Wien war, vermag ich nicht zu sagen. Vgl. Bidermann 94 Anm. 50. <sup>4)</sup> Original und Concepte, Archiv des Ministeriums des Innern 3 von 1588 (IV, H, 8. Böh.). Das Actenstück macht beinahe den Eindruck, als ob in Prag unter Rudolph nicht immer Kriegsräthe anwesend gewesen wären. Nachweisen lässt sich aber, dass 1605 der Hofkriegsrathspräsident Graf von Sulz seinen Amtssitz da hatte. Siehe 1 von 1605, Ministerium des Innern (I, A, 1).

danten und Offiziere in Ungarn geschickt wurden, verfasste der in Wien zurückgelassene Hofkriegsrath<sup>1)</sup>).

Wien war, können wir behaupten, damals Centralstelle der Administration für Ungarn geworden. Der Locumtenens in Pressburg<sup>2)</sup>, d. i. der Platzhalter des in Wien regierenden Erzherzogs, welcher der Oberstatthalter war, schickte seine und die Berichte der ungarischen Kammer nach Wien<sup>3)</sup>. Dahin wurden die ungarischen Räthe und der ungarische Kanzler zu Berathungen gerufen<sup>4)</sup>. Secretäre der ungarischen Hofkanzlei<sup>5)</sup> waren dem Erzherzog-Statthalter zugetheilt. In Prag hingegen gab es im Widerspruch mit dem Artikel 38 von 1569 keine ungarischen Beiräthe. Sogar der ungarische Secretär wollte sich entfernen, da er nichts zu thun hatte<sup>6)</sup>. Kein Wunder, dass man am kaiserlichen Hof die ungarischen Verhältnisse schlecht beurtheilte und sich die Gemüther entfremdete. Und die Zwischeninstanz in Wien konnte doch nicht den König ersetzen und mit dem Gewicht und Ansehen auftreten, welches er selbst zu finden hatte.

Rudolf arbeitete mit den gleichen Behörden, wie sein Vater und Grossvater, aber mit dem einen erheblichen Unterschied, dass er die räumliche Theilung der Centralstellen angeordnet hatte, eine Massregel, die für die Einheit der Regierung nicht von Vortheil war.

<sup>1)</sup> Vide Hungarica. <sup>2)</sup> Damals gab es drei Locumtenentes: den Locumtenens Erzherzog, den (politischen) Pressburger Locumtenens, der nach den Befehlen des ersten Ungarn administrierte, und den Locumtenens personalis Praesentiae S. M. in judiciis. <sup>3)</sup> Hungarica: Auf einen solchen mache ich im besonderen wegen seiner Wichtigkeit aufmerksam. Der Statthalter Stephan Radetius, Bischof von Erlau, und die ungarische Kammer berichten an den Erzherzog Ernst über die Abhaltung eines croatischen Landtages. Folgende interessante Stellen kommen in dem Berichte vor: „Dubium est, quod Dieta generalis, non nisi Banus jubente, sit in Sclavonia habita . . . Alterum impedimentum priori gravius esse videtur, quod cum hucusque ita observatum sit, ut prius in Hungaria Dieta sit celebrata, ad quam status regnorum Croaciae et Sclavoniae suos semper solemnes expedire soliti sunt oratores; qua quidem Dieta in Hungaria peracta, Banus tandem et non prius . . . indicabat Dietam.“ Original 1. Febr. 1577. <sup>4)</sup> So z. B. in der Tököly'schen Angelegenheit 1581 (Hungarica). Viele andere Beispiele da und in den Monumenta comitialia. <sup>5)</sup> Den 8. Mai 1581 schreibt der ungarische Kanzler an den Kaiser, dass die ungarische Kanzlei in Wien schlecht untergebracht sei und dass er deswegen nicht nach Prag reisen könne, weil er sie in Ordnung bringen müsse. Der Hauptstock der ungarischen Hofkanzlei war aber doch in Prag, wie aus einem Schreiben Erzherzog Ernsts (Dec. 1579) hervorgeht, in dem er einige Privilegien von der ungarischen Hofkanzlei in Prag reclamirt. <sup>6)</sup> Der Secretär Joo schreibt an den Kaiser: „Certissimum enim est me ad hanc Pragensem residentiam non sufficere. Expeditiones quoque nullae sunt neque futurae sunt in posterum, ob quas mihi manendum esset ulterius.“ 3. Sept. 1580 (Hungarica).

Zum Schlusse reihe ich einige interessante Einzelheiten aus dem rudolphinischen Verwaltungsorganismus an. Der geheime Rath wurde zu einem eigenen selbständigen, aus bestimmten Personen bestehenden Rathscollegium, welches täglich berieth und in allen Fragen der äusseren und inneren Politik, wo eine Resolution des Kaisers erforderlich war, die gewichtigste Stimme hatte. Nur wirkliche geheime Rätthe durften im geheimen Rathe sitzen. Schon 1578 verhandelten lediglich die geheimen Rätthe mit den Ständen in Linz wegen der Ceremonien, die bei der Huldigung in Anwendung zu kommen hatten<sup>1)</sup>. So unumgänglich nothwendig erschien ein geheimes Rathscollegium für jegliche Regierung, dass Erzherzog Maximilian den Kaiser Rudolph 1594 um Enthebung als Gouverneur von Steiermark, Kärnten und Krain bat, weil er nur einen geheimen Rath zur Verfügung habe, während Erzherzog Ernst nicht allein „ainen zimlich wollbesetzten gehaimben Rath von den alten Rätthen“, sondern auch zu Wien einige vornehme Personen, so den älteren Harrach, den jüngst verstorbenen Hans Breuner und den Wolf Unverzagt, zu Assistenten gehabt hätte<sup>2)</sup>.

Der Zeit Rudolph II. gehört die älteste erhaltene Instruction des Collegium deputatorum an. Der Gewaltbrief, dessen wesentlicher Inhalt in den späteren Einsetzungsurkunden der deputirten Rätthe wiederkehrt, wurde im Jahre 1595 gegeben und ist im Namen Rudolfs ausgestellt für die Rätthe, welche den Statthalter und Stellvertreter des Kaisers, Erzherzog Mathias, während seiner Abwesenheit von Wien zu vertreten hatten<sup>3)</sup>.

Als dieser König und Kaiser geworden war und den Sitz der gesammten Centralregierung wieder nach Wien verlegt hatte, setzte er immer, wenn er von Wien sich für längere Zeit entfernte, zur Führung der laufenden Geschäfte einen deputirten Rath in der Weise ein, wie es unter seiner Statthalterschaft im Jahre 1595 geschehen war, und die nachfolgenden Regenten bis Maria Theresia thaten des gleichen<sup>4)</sup>. Das jeweilige Deputirten-Collegium, bald Collegium der

<sup>1)</sup> Archiv des Ministeriums des Innern 5 von 1578. O.-Ö. <sup>2)</sup> Archiv des Ministeriums des Innern 1 von 1596. I.-Ö. Die Erzherzogin Marie, Witwe Karls von Steiermark, wird von Rudolph um ihr Gutachten wegen Completirung des geheimen Rathes in Graz angegangen. Aus diesem erfährt man, dass Erzherzog Karl seinen geheimen Rath mit vier Personen besetzt hatte. <sup>3)</sup> Archiv des Ministeriums des Innern 7 von 1595. N.-Ö. Diese Instruction liefert den Beweis dafür, dass das erste Deputirten-Collegium 1565 aufgestellt wurde. Nachrichten über den Wirkungskreis des letzteren fehlen. <sup>4)</sup> Original-Instructionen im Archive des Ministeriums des Innern. Die Ordnung von 1614 ist vom Reichsvicekanzler Ulm, diejenige von 1627 aber bereits vom österreichischen Kanzler Werdenberg unterzeichnet.



geheimen und deputirten Rätthe genannt<sup>1)</sup>, war der Stellvertreter des abwesenden Kaisers und Landesfürsten. Alle in Wien „hinterlassenen“ Behörden, selbst Hofkriegsrath und Hofkammer, wurden ihm untergeordnet. Auch der ungarische Locumtenens oder Palatin hatte gute Correspondenz mit ihm zu halten<sup>2)</sup>. Das Collegium fällte die oberste Entscheidung in allen gerichtlichen, politischen, militärischen und finanziellen Angelegenheiten.

Die bedeutendste administrative Massregel Rudolph II. ist die Errichtung der böhmischen Statthalterei im Jahre 1577<sup>3)</sup>. Es war früher Brauch gewesen, dass für den nicht in Prag weilenden König die vornehmsten Vertreter der privilegierten Stände, die Landesoffiziere, die Regierung des Königreichs besorgten. Rudolph sanctionirte diesen Brauch und gab der Statthalterei in Prag eine Ordnung, die Jahrhunderte in Geltung blieb und erst von Maria Theresia aufgehoben wurde. Die Landesoffiziere übten zwar das Statthalteramt im Namen und im Auftrag des böhmischen Königs als seine Mandatare und nach Instructionen aus, die sie von ihm erhalten hatten, es lässt sich aber doch nicht leugnen, dass eben, weil die Landesoffiziere und nicht königliche Beamte in Böhmen Statthalter waren, die Prager Statthalterei bis in die Zeit Maria Theresias, welche die Verwaltung gleichmässig gestaltete und in allen Kronländern, Ungarn ausgenommen, Beamtenregierungen einsetzte, ein ständisches Gepräge hatte. Nach der Ordnung von 1577 ertheilte der König den Statthaltern diesen Wirkungskreis: „Damit in Unserm Abwesen sye (die Stände des Königreichs) sambt denn eingeleibten Ländern in ihren fürfallenden Obligen wissen, zu wem sie ihre Zueflucht haben mögen, haben wir diese Instruction auf folgende Personen N. als Unsres Königreichs Behaimb Statthalter Regenten und Rätthe verfassen lassen: Und sollen demnach bemelte Unsere Statthalter und Rätthe fürnemblich und vor allen dingen ob der Ehre und dem Dienst Gottes trewlich halten, damit derselbe allenthalben, nit allein alhie aufm Prager Schlos, sondern auch inn Präger und allen anderen Stätten dieses Kunigreichs Behaimb fleissig befördert werde . . . Desgleichen sollen sie ob Unser und des Königreichs Behaimb, sowohl der incorporirten Lande Autorität, Regalien, Freiheiten, Prerogativa

<sup>1)</sup> Adelsarchiv des Ministeriums des Innern, Act Werdenberg 1623 ex consiliariorum intimorum et deput. consilio. <sup>2)</sup> Vide Ordnung von 1627. <sup>3)</sup> Der Act 14 von 1728 (Archiv des Ministeriums des Innern) enthält eine Abschrift der böhmischen Statthalterei-Instruction von 1577. Die Ordnung ist nicht datirt. Das Ernennungsdecret der Landesoffiziere zu Statthaltern trägt das Datum Samstag nach S. Bartholomaei 1577. Vgl. Bidermann 78 Anm. 128.

Rechten und Gerechtigkeiten Gebräuchen und Gewohnheiten . . . handthaben, darwider nit handeln, noch jemand dasselb zu thun gestatten, darneben die Erbeinigungen und in kraft derselben die Lanndgranizen in gutter Acht halten, damit Uns und der Kron nichts entzogen oder zu Nachteil fürgenomben. Die gleiche justitia den Armen als den Reichen administrieren und woh sie ohne langen Process die Leute inn Sachen, die nit Unser interesse betreffend, inn der Gütte vergleichen khunden, darinnen khainen Fleis sparn. . . Welche Sachen zum ordentlichen Rechten gehören, dieselben sollen sie darbey lassen und was einmal beim ordentlichen Rechten durch rechtlich Urthl und Erkhendtnus auch sonst in Unser Namen von innen auf genugsambe zuvor gehaltene Beratschlagung verabschidet und bevolhen wurde, darbei soll es endlich verbleiben. . . Von allen Sachen, wo es die Notdurft erfordert, es seie von Kriegsgeschrey oder sonst anderen, daran Uns und dem Königreich hoch daran gelegen, sollen sy es Uns zeitlich avisiren und Unsere Meinung und Willen darüber vernemen. Weil Wir auch die Appellation besser zu besezen bedacht, sollen sy die Statthalter Achtung auf sy haben, damit sy yren Dienst beywonnen und weil vil Sachen daselbst einkhomen . . ., soll kheiner aus den Appellation Räthen ohne ir der Statthalter Vorwissen zu verreisen verstaten werden . . . Auch sollen die verordneten Personen das Stadtreghment inn Prägern und andern Stedten inn gueter Acht halten und darob sein, dass bei den Räthen daselbst denn Leüten guete justitia mitgetheilt und allen gerichtlichen Sachen, die zum Stattrecht gehören, in seinen instantia mit Vorbehalt der Appellation und Supplication darbey gehalten werden. Und daneben durch die Hauptleüthe und Räthe in Präger Stätten gebührliches Einsehen verordnen, alldieweil sich durch die Vorkheuffer nit schlechte Tewerung in den Stätten begibet, dass inn dennselben auch sonsten mit dem Brodt, Fleisch, Fisch, Wein und verkhaufft, item inn denn Würtzhausern bessere und leidentliche Tractation, von wegen der Feüersbrunsten und was mehr zu richtiger Polizey dient, guete Ordnung angestellt auch darüber gebührlich im Ernst gehalten werde, damit allerley Schade verhüetet bleibe und die von Herren- und Ritterstands, auch andere durchreissende Persohnen von dem Handwerksleüthen nicht ubersetzt noch beschwert werden. — So wollen wir auch denn oftgemelten Statthaltern und Räthen Unser insigl geben, auf dass alle von innen beratschlagte Bevelhschreiben und alle Not-

---

<sup>1)</sup> Gemeint ist das im Jahre 1548 als höhere Instanz für die Stadtgerichte errichtete böhmische Appellationsgericht.

durft von merer Unserer Authorität damit gesigelt und verfertigt werden, welches Sigel steets der Vicekanzler, ob er allie wäre oder inn Abwesenheit der geschwohrne Secretari bei sich in Verwarung halten soll. . . . Doch halten Wir Uns bevor, diese Unsere Instruction, Ordnung und Sazunge zu jeder Zeit nach Unserm Gefallen zu mindern, zu merern und zu verbessern<sup>1)</sup>).

Der zwischen Rudolph und Mathias um den Besitz der Regierungsgewalten ausgebrochene Kampf, welcher zu Ungunsten des Kaisers verlief, war die Ursache einer weiteren, wenn auch nur vorübergehenden Decentralisation im obersten Behördenwesen. Nachdem Erzherzog Mathias seinem Bruder im Jahre 1608 den Verzicht auf das Königreich Ungarn und das Erzherzogthum Oesterreich abgenöthigt hatte, richtete er sich eine eigene Regierung in Wien ein, bestellte für seine Kanzlei einen selbständigen Hofvicekanzler und ernannte geheime Rätthe, die ihm verpflichtet waren. Die Eidesformel, nach der diese geheimen Rätthe schwören mussten, ist einer besonderen Würdigung werth, da sie die älteste ist, welche wir besitzen und fast ihrem vollen Wortlaute nach in die weitläufigeren jüngeren Formeln übergegangen ist. Sie lautet: „Ir werdet ainen Aydt zu Gott dem Almechtigen schweren und bei eueren Ehren und Treuen angeloben, dem durchleuchtigsten grossmechtigen Fürsten und Herrn, Herrn Mathiä, dem andren dess Namens, Kunigen zu Hungarn, Designirtem zum Kunig in Behamb, Erzherzogen zu Össterreich, Herzogen zu Burgund, Marggraven zu Mähren und Graven zu Tyroll, Unsern gnedigsten Herrn kuniglichen Ma't und derselben Erben Ehr, Nuz und Frumben zu betrachten, derselben Nachtl und Schaden, sovill an euch warnen und wenden, in Sachen, so rathsweylß ann euch gelangen, getreulich dass pösst und nuzist zu rathen, darinnen weder Mühe, Gab, Freundtschafft, Feindschaft noch ichtes anders anzusehen, solliche Rathsgehaimb biss in euer Grueben verschweygen unnd sonst alles dess zu thun, so ainem getreuen verpflichten gehaimben Rath gebüret und zu thun schuldig ist, ohne geverde<sup>2)</sup>).

<sup>1)</sup> Alle Hauptpunkte der Instruction wurden in diesem Auszug angegeben.

<sup>2)</sup> Archiv des Ministeriums des Innern 7 von 1609. N.-Ö. Guterhaltenes Concept. Auf der Rückseite von derselben Hand (Secretär Grabler) die Notiz: „Den 22. Aug. 1609 sein Herr Graf Trautson und Herr Oberst Camerer Herr Lienhart Helffenreich von Meggau von Irer Königl. Mat. zu geheimben Rätthen angenommen und publicirt worden und ist in bey sein Irer Mat. durch Herrn von Krenberg die Redt beschehen. . . . Nach disem hat Herr Graf Trautsohn zu Herrn von Krenberg geredt und vermelt, dass Ir Mat. im wegen seiner bissher geleisten Dienst zu Irem gehaimben Rat und Hofvicecanzler würdigen, aber bisshero derselben

Mit dem Tode Kaiser Rudolphs nahm die Zweitheilung der Behörden ein Ende. Mathias, der in der Kaiserwürde dessen Nachfolger wurde, verlegte die kaiserliche Residenz von Prag nach Wien, wo er auch die obersten Aemter, Geheimer Rath, Hofkammer, Hofkriegsrath und Reichshofrath, wieder alle vereinigte, die nun ohne Unterbrechung da blieben<sup>1)</sup>. Mathias ist der letzte Kaiser, unter dem der Reichsvicekanzler das Haupt der Hofkanzlei war und in reichsischen und österreichischen Geschäften im gleichen Masse gebraucht wurde<sup>2)</sup>.

## Nachtrag.

Der umfänglichen und sehr verdienstvollen Untersuchung Professor Rosenthals über die Behördenorganisation Kaiser Ferdinands I. (Archiv für österreichische Geschichte 1887) vermochte ich leider keine Beachtung mehr zu schenken, da sie erschien, als mein Aufsatz bereits gedruckt wurde. Wenn auch meine Ausführungen in vielen Punkten mit denen Rosenthals sich treffen, so gebe ich mich doch der Hoffnung hin, dass meine Arbeit, abgesehen von ihrer Ausdehnung über ein viel grösseres Gebiet, schon aus dem Grunde neben der Rosenthal'schen wird bestehen können, weil in ihr nicht wie bei Rosenthal der verwaltungsrechtliche, sondern der staatsrechtliche Gesichtspunkt den Grundton bildet.

mit Aydt mit verbunden gewesen, darumb werde er das Jurament, so im anjezo fuergehalten werden soll, leisten.“

<sup>1)</sup> Im Jahre 1615 tagte eine Commission zur Reformirung des Hofstaats. Das Resultat dieser Berathungen war ein neuer Status, der sich jetzt im Staatsarchiv befindet. Es werden da zum ersten Male geheime Rätthe aus dem Herrenstand (mit Monatsgehalt von 166 fl. 40 kr.) und aus dem Ritterstand (Monatsgehalt 125 fl.) unterschieden. <sup>2)</sup> Hans Ludwig von Ulm war der letzte Reichsvicekanzler, dem die österreichischen Secretäre und Kanzleibeamten unterstanden. Noch im Jahre 1613 liess er neben der alten österreichischen Registratur in der Reichskanzlei eine neue durch den Magister Märklin anlegen. Eigenhändige Notiz von Ulm darüber in einem Actenconvolut des Ministeriums des Innern, das unter der Signatur 4 von 1596 N.-Ö. Acten aus verschiedenen Jahren enthält.